



Nr. 280 | 08.03.2023

Ukraine-Analysen

Korruptionsbekämpfung

■ ANALYSE	
Der innere Kampf: Korruption und Korruptionsbekämpfung als Hürde und Gradmesser für den EU-Beitritt der Ukraine	2
Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen) und Mattia Nelles (Berlin)	
■ DOKUMENTATION	
Statistiken und Umfragen zu Korruption	7
■ ANALYSE	
Reformen, Korruption und gesellschaftliches Engagement	12
Von Ilona Sologoub und Yelizaveta Dorontseva (beide Vox:Ukraine, Kyjiw)	
<hr/>	
■ CHRONIK	
01. – 10. Februar 2023	18

Der innere Kampf: Korruption und Korruptionsbekämpfung als Hürde und Gradmesser für den EU-Beitritt der Ukraine

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen) und Mattia Nelles (Berlin)

DOI: 10.31205/UA.280.01

Zusammenfassung

Korruption wird in der Ukraine von vielen als der größte »innere Feind« angesehen, den es ebenso wie den aktuellen äußeren Feind zu besiegen gilt. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Antikorruptionsreformen durchgeführt. Aktuell werfen mehrere Korruptionsskandale jedoch die Frage nach der Wirksamkeit dieser Reformen auf. Vor allem im Hinblick auf den anvisierten EU-Beitritt und den Wiederaufbau nach Kriegsende, der mit enormen internationalen Geldern finanziert werden muss, muss die Ukraine den nach dem Maidan eingeschlagenen Reformkurs konsequent fortsetzen und vor allem die Justiz umfassend reformieren. Andernfalls droht nicht nur ein Vertrauensverlust der eigenen Bevölkerung, sondern auch der internationalen Gemeinschaft, auf die die Ukraine derzeit stärker denn je angewiesen ist.

Einleitung

Korruption, also der Missbrauch anvertrauter Macht zum persönlichen Vorteil, ist ein globales Problem. Die Ukraine zählt in Europa zu den korruptesten Ländern, wie der kürzlich erschienene *Corruption Perceptions Index 2022* zeigt, wo das Land den 116. Platz einnimmt. Die jüngsten Korruptionsskandale gleich in zwei Ministerien scheinen das Bild von einem durchweg korrupten Land zu bestätigen. Dennoch greift diese Vorstellung zu kurz; in den letzten Jahren gab es durchaus eine positive Dynamik. Der Kampf gegen die Korruption war eine zentrale Forderung der Maidan-Proteste und der Revolution der Würde 2014. Seitdem wurden weitreichende Reformen umgesetzt und unabhängige und effektive Institutionen zur Korruptionsbekämpfung geschaffen. Diese ermitteln gegen einflussreiche Entscheidungsträger:innen, die früher als unantastbar galten.

Dennoch stellt der Kampf gegen die Korruption neben dem russischen Angriffskrieg die größte Herausforderung dar, vor allem vor dem Hintergrund des immensen Wiederaufbauprogramms nach dem Krieg, der viele Korruptionsopportunitäten schaffen wird. Daher gilt es jetzt, die Erfolge der neu geschaffenen Antikorruptionsinfrastruktur zu festigen und auf weitere Bereiche auszuweiten. Das gilt besonders für die bis heute zum Großteil unreformierte Justiz. Dass die Europäische Union in fünf ihrer sieben Konditionen für Beitrittsgespräche an die Ukraine Korruptionsbekämpfung bzw. Justizreformen thematisiert, ist daher kein Wunder. Damit wird die Erwartung sowohl seitens der EU als auch der ukrainischen Gesellschaft an die Politik verstärkt, sich auf den bisherigen Errungenschaften nicht auszuruhen, sondern sie weiter substanziell auszubauen.

Schaffung einer umfassenden Antikorruptionsinfrastruktur nach dem Maidan

Die weitverbreitete Korruption in der Ukraine hat viele Ursachen. Eine davon ist, dass es seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 keine starken rechtsstaatlichen Institutionen und keine Antikorruptionsinfrastruktur gab, die Korruption strafrechtlich verfolgten und ahndeten. Das änderte sich erst nach dem Euromaidan: Die landesweiten Proteste Ende 2013, die sich zunächst gegen Wiktor Janukowytchs Last-Minute Abkehr vom EU-Assoziierungsvertrag richteten, wandelten sich zunehmend in Proteste gegen das korrupte Janukowytch-Regime. Nach dem Sturz des kleptokratischen Machthabers trafen die gesellschaftlichen Forderungen, endlich gegen Korruption vorzugehen, auf eine (zunächst) reformorientierte politische Führung unter Präsident Petro Poroschenko. Hinzu kam, dass die Ukraine wegen der russischen Annexion der Krim und dem Krieg im Donbas auf finanzielle Hilfen angewiesen war und die internationale Kreditgeber die Auszahlung von Krediten an Reformfortschritte knüpften. Dieses »window of opportunity« ermöglichte einen generellen Reformschub im Land. Dazu zählte auch der Aufbau einer umfassenden Antikorruptionsinfrastruktur, wie es sie in der Ukraine bis dahin nicht gegeben hatte (und in anderen Staaten des postsowjetischen Raums bis heute nicht gibt).

Der Grundstein für die Reformen wurde 2014 mit einem neuen Antikorruptionsgesetz gelegt. Die neuen Institutionen sollten weitgehend unabhängig von den bestehenden Behörden als »Inseln der Integrität« aufgebaut werden. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf integres neues Personal gelegt. Die Führungsspitze der neuen Behörden wurde in hoch kompetitiven, transparenten Auswahlverfahren

mit Unterstützung (und Vetorecht) internationaler Expert:innen rekrutiert.

Das 2015 gegründete Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) spielt als Ermittlungsbehörde eine zentrale Rolle: Es untersucht solche Fälle der Korruption, in die ranghohe Staatsvertreter:innen verwickelt sind oder große Korruptionsfälle mit einem Schaden von mehr als einer Million Hrywnja. Das NABU hat bereits mehr als 850 Ermittlungsverfahren eingeleitet, auch gegen einflussreiche Personen, und setzt die Arbeit trotz der russischen Invasion unvermindert fort.

Die Anklageerhebung bei Ermittlungen, die in die Zuständigkeit des NABU fallen, erfolgt durch die ebenfalls 2015 geschaffene Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsbekämpfung (SAPO), eine unabhängige Einheit innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft. Während früher Korruptionsermittlungen oft in der selbst korruptionsanfälligen Staatsanwaltschaft versandeten, zeigen 380 Anklagen, dass die SAPO effektiv arbeitet.

Eine große Schwachstelle in der Antikorruptionsinfrastruktur war lange Zeit die Justiz, die trotz mehrerer Anläufe weitgehend unreformiert und damit extrem korruptionsanfällig blieb. Erst mit der Einrichtung des unabhängigen Obersten Antikorruptionsgerichts der Ukraine (HACC) im Jahr 2019, die nicht zuletzt auf massiven internationalen Druck hin erfolgte, wurde es möglich, dass die vom NABU untersuchten und von der SAPO zur Anklage gebrachten Fälle auch tatsächlich vor einem unabhängigen und kompetenten Gericht landeten. Das HACC fällte 2022 insgesamt 37 Urteile und verurteilte 33 Richter, Politiker und andere hochrangige Amtsträger.

Neben diesen institutionellen Reformen wurden zahlreiche weitere Maßnahmen in verschiedenen Bereichen ergriffen. Zu den effektivsten zählt die Einführung der zentralen elektronischen Beschaffungsplattform ProZorro, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt wurde und dem Staat durch transparente Auftragsvergabe bis heute mehr als 7 Milliarden US-Dollar eingespart hat. Auch die Einführung der E-Declarations, der elektronischen Vermögenserklärung für Staatsbeamte und ihre engsten Verwandten, schafft eine in Europa einmalige Dimension der Transparenz. Aktivist:innen und die 2015 ebenfalls neu gegründete Nationale Agentur zur Korruptionsprävention (NAZK) können so mutmaßlich illegal erworbenes Vermögen aufspüren. Dies sind nur zwei von vielen Beispielen, die die Ukraine transparenter machen und dabei helfen, Korruption aufzudecken.

Mit dem Aufbau einer umfassenden institutionellen Infrastruktur zur strafrechtlichen Verfolgung von Korruption, verbunden mit flankierenden Präventions- und Transparenzmaßnahmen, hat die Ukraine seit 2014 einen großen Schritt in Richtung effektiver Korruptions-

bekämpfung gemacht. Diese Entwicklung trägt allmählich Früchte und die Korruption geht messbar zurück: Gaben 2011 noch 60 Prozent der Ukrainer:innen an, dass sie oder ihre Familienmitglieder im vergangenen Jahr eine Bestechung gezahlt haben, waren es 2022 nur noch 34 Prozent (siehe Grafik 2). Auch im Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International konnte sich die Ukraine in den letzten Jahren im internationalen Vergleich langsam, aber stetig verbessern (siehe Grafik 1) und liegt im CPI in etwa gleichauf mit anderen EU-Beitrittskandidaten wie Serbien, Albanien oder Bosnien und Herzegowina.

Selenskyjs ambivalente Korruptionsbekämpfung

Wolodymyr Selenskyjs fulminanter Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2019 ist auch darauf zurückzuführen, dass er im Wahlkampf zwei besonders populäre Wahlversprechen gemacht hat: Den Krieg im Donbas zu beenden und Korruption und Oligarchie zu bekämpfen. Was das zweite Versprechen betrifft, ist die Bilanz seiner bisherigen Amtszeit gemischt.

Mit der Aufhebung der Abgeordnetenimmunität, die in der Ukraine gerne genutzt wurde, um sich vor Strafverfolgung zu schützen, hat Selenskyj gleich kurz nach seinem Amtsantritt ein zentrales Wahlversprechen umgesetzt, wohl um zu zeigen, dass er es mit dem Kampf gegen die Korruption ernst meint. Für die Bürger:innen, die Bestechungen im Umgang mit staatlichen Behörden leid waren, digitalisierte Selenskyjs Team mit großem Eifer die öffentliche Verwaltung. So ersetzt die E-Services-App »Dija« viele Behördengänge und macht die Verwaltung nicht nur moderner und effizienter, sondern reduziert auch die Korruption im Alltag spürbar. Die Anwendung ist so erfolgreich, dass sie nun auch in andere Länder exportiert werden soll.

Gleichzeitig scheint Selenskyj entschlossen zu sein, den Einfluss der Oligarchen auf Politik und Medien zu begrenzen. Im Juli 2021 setzte er gegen große Widerstände ein Gesetz zur De-Oligarchisierung durch. Ob die Entmachtung der Oligarchen – die durch den russischen Angriffskrieges tatsächlich einen Großteil ihres Vermögens und auch ihres Einflusses verloren haben – tatsächlich das vorrangige Ziel Selenskyjs ist, oder nicht vielleicht die Ausschaltung politischer Gegner zur politischen Machtsicherung (so ging Selenskyj besonders hart gegen seinen Amtsvorgänger und wahrscheinlichen Herausforderer bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Petro Poroschenko vor), wird sich zeigen.

Kritiker:innen werfen Selenskyj zudem vor, die Kontrolle über zentrale Institutionen durch die gezielte Besetzung mit loyalen Personen zu sichern. So tauschte er im März 2020 den als unabhängig und kompetent geltenden Generalstaatsanwalt Ruslan Rjaboschapka

gegen Iryna Wenedyktowa aus, deren Unabhängigkeit von Antikorruptionsaktivist:innen angezweifelt wird. Wenedyktowa war bereits kurz nach ihrer Ernennung in die Kritik geraten, weil sie nach Korruptionsvorwürfen gegen den Abgeordneten Pawlo Chalimon von Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« die Ermittlungen gegen diesen blockiert haben soll (Anfang 2023 wurde Chalimon wegen einer anderen Korruptionsaffäre als stellvertretender Fraktionsvorsitzender entlassen). Wenedyktowa war es auch, die dafür sorgte, dass die NABU-Ermittlungen gegen den umstrittenen stellvertretenden Leiter des Präsidentenbüros, Oleh Tatarow, eingestellt wurden. Wenedyktowa wurde im Juli 2022 entlassen und durch Andrij Kostin ersetzt – einen weiteren loyalen Gefolgsmann Selenskyjs, dem Sabotage der Justizreform vorgeworfen wurde. Im Lichte der aktuellen Korruptionsaffären könnte Selenskyjs ambivalente Personalpolitik auch für den Präsidenten selbst noch zum Problem werden.

Verschleppte Justizreform und Verfassungskrise

Versuche, die ukrainische Justiz umfassend zu reformieren, scheiterten bereits nach dem Maidan am mangelnden politischen Willen und massivem Widerstand aus der Justiz selbst. Ende 2020 kam es dann zu einer Verfassungskrise, als das Verfassungsgericht am 27. Oktober zentrale Elemente der Antikorruptionsgesetzgebung (E-Declarations und die Strafbarkeit der illegalen Bereicherung) für verfassungswidrig erklärte. Daraufhin ersuchte Selenskyj am 29. Oktober das Parlament (erfolglos), das Verfassungsgericht aufzulösen. Im Dezember setzte das Parlament die Antikorruptionsgesetze wieder in Kraft. Selenskyj suspendierte per Dekret den Vorsitzenden Verfassungsrichter Oleksandr Tupizkyj, gegen den selbst wegen Bestechung ermittelt wird, und annullierte schließlich dessen Ernennung 2013 durch Wiktor Janukowytsch. Dagegen wiederum ging das Verfassungsgericht vor und erklärte im Juli 2021 Selenskyjs Vorgehen für verfassungswidrig. Bis heute ist die Verfassungskrise nicht gelöst.

Die skandalösen Urteile des Verfassungsgerichts stehen sinnbildlich für die ukrainische Justiz, die formal unabhängig ist und durch die Verfassung großen Schutz genießt, informell aber von politischen Gruppen beeinflusst wird.

Im Sommer 2021 brachte Selenskyj Gesetze zur Neuaufstellung des Hohen Justizrats (HJC), dem wichtigsten Organ der Selbstverwaltung der Justiz, und der Hohen Qualifikationskommission für Richter (HQCJ) ins Parlament ein. Nach anfänglicher Blockade durch Vertreter:innen des HJC begann die Neubesetzung beider Räte – und zwar wie schon zuvor bei den neuen Antikorruptionsinstitutionen unter Einbeziehung inter-

nationaler Expert:innen, die neben der fachlichen Eignung auch die Integrität der Kandidat:innen prüfen. Der neubesetzte HCJ hat bereits seine Arbeit aufgenommen, während der Auswahlprozess der HGJCJ noch läuft. Inwiefern es nun zu einer verbesserten Auswahl, Disziplinierung und Sanktionierung korrupter Richter führt, wird sich zeigen.

Für große Kritik sorgte das Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts. Entgegen den Empfehlungen der ukrainischen Zivilgesellschaft und der Venedig-Kommission wurde den drei internationalen Mitgliedern der Auswahlkommission kein Veto-Recht eingeräumt. Anders als bei der Auswahl der NABU-Führung oder des HACC könnten bei einer Patt-Situation die ukrainischen die internationalen Kommissionsmitglieder überstimmen. Ukrainische Expert:innen aus der Zivilgesellschaft warnten mehrfach, dass die Regierung so ihre Kandidat:innen durchsetzen könnte. Zuletzt wurde politisch über nachträgliche Änderungen gerungen.

Korruption im Krieg, Krieg gegen Korruption?

Dass der Krieg die Korruptionsproblematik zwar thematisch in den Hintergrund gedrängt, nicht aber verdrängt hat, zeigen die jüngsten Korruptionsfälle, in denen Krieg und Korruption sogar miteinander verwoben sind. Am 21. Januar 2023 veröffentlichte das Online-Medium Serkalo Tyschnja eine Recherche, derzufolge die Beschaffung von Lebensmitteln für die Armee teilweise zu überhöhten Preisen erfolgte. Kurz danach wurde in einem anderen, davon unabhängigen Fall der stellvertretende Infrastrukturminister Wassyl Losynskyj wegen der Annahme einer Schmiergeldzahlung von 400.000 US-Dollar vom NABU festgenommen. Bereits zuvor hatte die Ukrainska Prawda über den luxuriösen Lebensstil des Vize-Chefs des Präsidentenbüros, Kyrylo Tymoschenko, berichtet, der unter anderem in die Kritik geriet, weil er mit einem für humanitäre Zwecke im Kriegsgebiet gespendeten SUV unterwegs war.

Gerade in Zeiten des Krieges gilt Korruption im Militär oder auch bei der humanitären Hilfe sowohl in der eigenen Bevölkerung als auch bei der internationalen Gemeinschaft als besonders problematisch. Laut einer aktuellen Umfrage (Grafik 10) waren die Ukrainer:innen noch nie so gewillt, gegen Korruption vorzugehen. Vor dem Krieg waren 44 Prozent bereit, Korruptionsfälle zu melden, heute sind es 84 Prozent. Gleichzeitig drohen die beschriebenen Korruptionsskandale das Vertrauen in die Ukraine und somit die wichtige Unterstützung im Westen zu schwächen.

Das Präsidialamt war sich der brisanten Lage bewusst und reagierte umgehend. In seiner abendlichen Ansprache dankte Präsident Selenskyj den Journalist:innen und den Ermittlungsbehörden für die Enthüllungen

und kündigte weitreichende personelle Konsequenzen an. Insgesamt wurden vier Vizeminister, darunter auch der Vize-Verteidigungs- und Vize-Infrastrukturminister, fünf Gouverneure, der wichtige Vize-Chef des Präsidentenbüros Tymoschenko und der Vize-Generalstaatsanwalt Symonenko sowie der Leiter der Beschaffungsabteilung im Verteidigungsministerium entlassen. Anfang Februar wurde auch das Haus von Ihor Kolomojskyj durchsucht in Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Unterschlagung von fast 1 Mrd. Euro beim wichtigen Öl- und Gasförderer Ukrnafta und dem Pipelinebetreiber Ukrtransnafta, an denen der Oligarch bis zu deren Verstaatlichung letztes Jahr beteiligt war. Und Ende Februar verlor Oleksandr Truchin von der Präsidentenpartei sein Mandat, nachdem er zuvor vom HACC für Korruption in Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall schuldig gesprochen wurde.

In der Ukraine und von der Bundesregierung und der EU wurde die schnelle Reaktion Selenskyjs und das entschiedene Vorgehen der ukrainischen Behörden positiv bewertet. Entscheidend wird jetzt die Frage sein, wie die Ukraine ihre hohe Transparenz mit berechtigten Sicherheitsaspekten im Krieg in Einklang bringen kann, sodass Ermittler:innen, Investigativjournalist:innen und Expert:innen der Zivilgesellschaft weiter gegen Korruption vorgehen können. Das umfasst staatliche Verträge, wie die des Verteidigungsministeriums, genau wie die E-Declarations, die nach der vollumfänglichen Invasion wegen Sicherheitsbedenken vorerst ausgesetzt wurden (was inzwischen aber auf immer mehr Kritik stößt). Ankündigungen des unter Druck stehenden Verteidigungsministers, das Beschaffungswesen schnell zu optimieren und auch weitere personelle Konsequenzen zu ziehen, können dabei nur der erste Schritt sein. Im Lichte der jüngsten Korruptionsskandale ist zudem die Ernennung von Mustafa Najem zum neuen Chef der ukrainischen Behörde für den Wiederaufbau und Infrastruktur ein positives Zeichen. Der ehemalige Investigativjournalist und Politiker genießt einen integren Ruf und konnte die letzten Jahre bereits wichtige Erfahrungen im Infrastrukturministerium sammeln.

EU-Beitrittsperspektive als Reformanreiz

Kurz nach Beginn der russischen Invasion beantragte die Ukraine offiziell die EU-Mitgliedschaft. Im Juni vergangenen Jahres kam es dann zur historischen Entscheidung, trotz Skepsis einiger Mitgliedsstaaten, der Ukraine den Kandidatenstatus zu gewähren. Daran geknüpft waren sieben Konditionen, von denen fünf direkt oder indirekt mit Korruptionsbekämpfung bzw. der Justizreform zu tun haben. Die EU-Kommission prüft derzeit, wie weit die Ukraine mit der Umsetzung gekommen ist. Erste Ergebnisse sollen im Frühling vorgestellt werden. Das ukraini-

sche New Europe Center bescheinigt spürbare Fortschritte in den letzten Monaten, sieht aber auch noch viel Verbesserungsbedarf.

Für die Antikorruptionsbemühungen hat der EU-Kandidatenstatus bereits eine positive Dynamik gebracht. Die Besetzung des lange vakanten Postens des wichtigen Sonderstaatsanwalts für Antikorruption (SAPO), eine der 7 EU-Konditionen, wurde endlich bestätigt. Oleksandr Klymenko war lange zuvor von der Auswahlkommission ausgewählt worden, seine Ernennung wurde aber politisch und juristisch blockiert. Klymenko war zuvor NABU-Detektiv und machte sich durch seine Ermittlungen gegen hochrangige Politiker und Oligarchen, wie Roman Nasirow, Oleksandr Onyschtschenko oder Oleh Tatarow einen Namen.

Auch die Auswahl des NABU-Chefs ist eine der EU-Forderungen. Dem bisherigen Leiter, Artem Sytnyk, wurde eine gute Arbeit nachgesagt, seine Amtszeit endete jedoch vergangenes Jahr. Nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren, bei dem außer den fachlichen Qualifikationen auch die Integrität und Führungserfahrung der Bewerber:innen geprüft wurde, ernannte das Ministerkabinett am 6. März 2023 Semen Krywonos zum neuen Leiter. Laut Kyiv Independent gibt es einerseits Zweifel hinsichtlich seiner Integrität und seine Nähe zum Präsidentsamt und geringe Erfahrung werden von der Zivilgesellschaft kritisch beäugt. Andererseits soll er sich im Team von Michail Saakaschwili, der als Premier in Georgien erfolgreich gegen Korruption vorgegangen war und 2015–16 Gouverneur der Oblast Odesa war, einen Ruf als Reformler erarbeitet haben. Auch gegenüber Krywonos' Vorgänger gab es anfangs Zweifel, die Sytnyk mit seiner entschlossenen Art, auch gegen politische Widerstände vorzugehen, ausgeräumt hat. Nun muss Krywonos sich beweisen, denn die Leitung des NABU gilt als elementar, um der politischen Korruption den Kampf anzusagen.

Die anderen EU-Kriterien umfassen die Prüfung der Kandidat:innen für HCJ und HCCJ, eine Anpassung der Gesetze gegen Geldwäsche, eine Strategie zur Reform der gesamten Strafverfolgungsbehörden sowie die Umsetzung des Anti-Oligarchen-Gesetzes und die Neuaufstellung des Verfassungsgerichts. Bei den letzten zwei Punkten werden bestehende Gesetze nachgebessert werden müssen. Die Umsetzung der Kriterien und die genaue Bewertung von Seiten der EU und ukrainischen Expert:innen werden zeigen, ob der erste positive Impuls, der vom EU-Beitrittskandidatenstatus ausgeht, sich fortsetzt und als Anreiz für weitere Reformen zur Korruptionsbekämpfung dienen kann. Präsident Selenskyj sollte das Momentum nutzen – die Gesellschaft ist geeint wie nie, das internationale Interesse und die Unterstützung so groß wie nie – um seinen rhetorischen Ankündigungen, dass es »kein zurück mehr gebe« in die

alten Zeiten, auch weitere Taten folgen zu lassen. Nur wenn es weitere energische Maßnahmen und erfolgreiche Schritte bei der Korruptionsbekämpfung geben wird, wird man die EU-Verantwortlichen davon überzeugen können, dass die Ukraine tatsächlich ein ernsthafter EU-Kandidat ist.

Fazit und Ausblick

Trotz eines holprigen Reformprozesses, bei dem auf einen Schritt vor oft auch ein Schritt zurück folgte, hat die Ukraine im Bereich der Korruptionsbekämpfung in den letzten 10 Jahren große Fortschritte gemacht. Was vor dem Maidan als undenkbar galt, ist heute Realität: Neu geschaffene Antikorruptionseinrichtungen ermitteln gegen einst unantastbare einflussreiche Politiker:innen, Richter:innen oder Geschäftsleute. Korruptionsermittlungen und -verfahren sind jedoch oft kompliziert und kommen daher nur langsam voran, weshalb man die Ergebnisse von Antikorruptionsreformen oft erst verzögert sieht. Auch wenn es dauert und noch viel zu machen ist: Die Richtung stimmt.

Es gilt nun, diesen Weg zu verstetigen, erneute Rollbacks zu verhindern und die aufgebauten »Inseln der Integrität« wie NABU, SAPO oder HACC zu »Landschaften der Integrität« auszubauen. Das bedeutet z. B., dass bei Reformen und Besetzung anderer wichtiger Behörden und Gerichte die Lehren aus den letzten Jahren berücksichtigt werden sollten: Neben der fachlichen Eignung spielt die Integrität der Kandidat:innen die zentrale Schlüsselrolle und die Einbeziehung externer,

internationaler Expert:innen bei der Auswahl sollte zum Standard werden. Auch bereits vor dem anvisierten EU-Beitritt, der vermutlich Jahre dauern wird, gibt es bereits jetzt viel Potenzial für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine. Zum einen hat die EU bereits Erfahrungen gemacht mit früheren Beitrittskandidaten, die im Bereich der Korruptionsbekämpfung Reformen umsetzen mussten, und zum anderen verfügt sie über hilfreiche Institutionen (Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA), Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf)) und Einflusshebel (Konditionierung), um den weiteren Reformprozess in der Ukraine aktiv zu unterstützen. Die Ukraine kann gleichzeitig den EU-Staaten in Form von Prozorro oder Dija praktikable Lösungen für mehr Transparenz und effektive staatliche Dienstleistungen anbieten, so dass beide Seiten von der engeren Zusammenarbeit profitieren können.

Mit Unterstützung der EU kann die Ukraine es schaffen, aus dem postsowjetischen »Sumpf« von Korruption, Informalität und Oligarchie auszubrechen. Es wäre nicht nur ein wichtiger innerer Sieg für die Ukraine, sondern auch einer gegen den äußeren Aggressor Russland, von dem man sich abgrenzen möchte, und wo Autokratie und Korruption sich immer stärker verankern. Der Neu- und Wiederaufbau bietet der Ukraine dank der etablierten Antikorruptionsinfrastruktur, der aktiven Zivilgesellschaft, der präzedenzlosen internationalen Unterstützung und nicht zuletzt dem hohen Blutdruck, der Bereicherung durch Korruption nicht mehr duldet, eine einmalige Chance, die die Politik nutzen sollte.

Über die Autoren:

Dr. *Eduard Klein* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Mattia Nelles ist Ukraine-Experte und arbeitete unter anderem im Ukraine-Programm beim Zentrum Liberale Moderne in Berlin sowie für die GIZ in Kyjiw. Er interessiert sich insbesondere für den ukrainischen Reform- und Wiederaufbauprozess und den zivilgesellschaftlichen Kampf gegen Korruption.

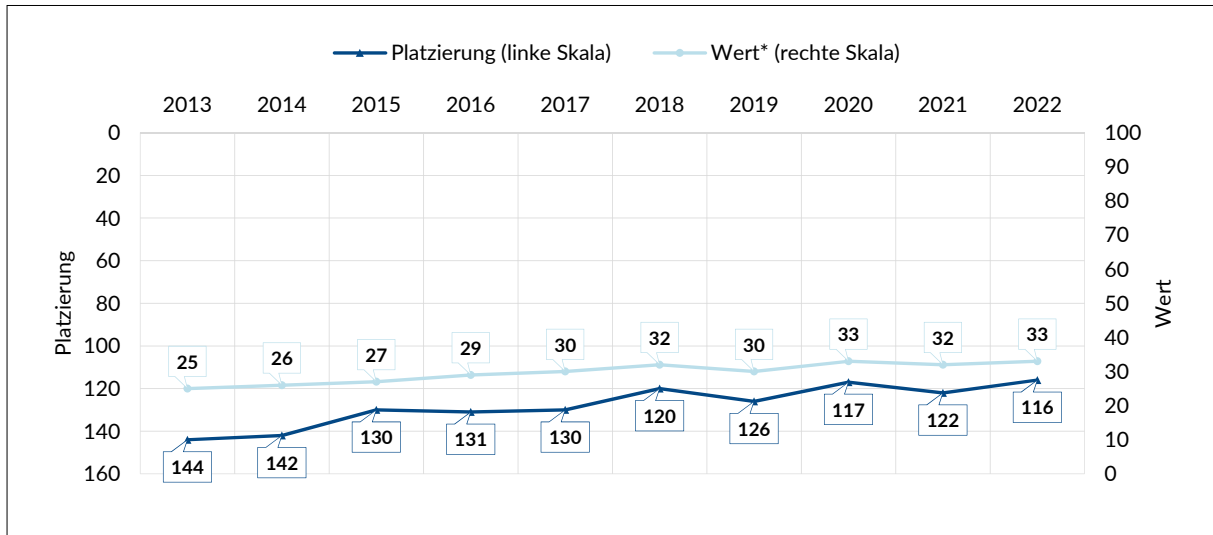
Lesetipps:

- Olena Halushka, Daria Kaleniuk, Tetiana Shevchuk, Anticorruption Action Center (2021): Ukraine's Anti-Corruption Theory of Change. Recipe for Success and Lessons Learned for the Windows of Opportunity, <https://antac.org.ua/en/news/memo-ukraine-s-anti-corruption-theory-of-change/>.

DOKUMENTATION

Statistiken und Umfragen zu Korruption

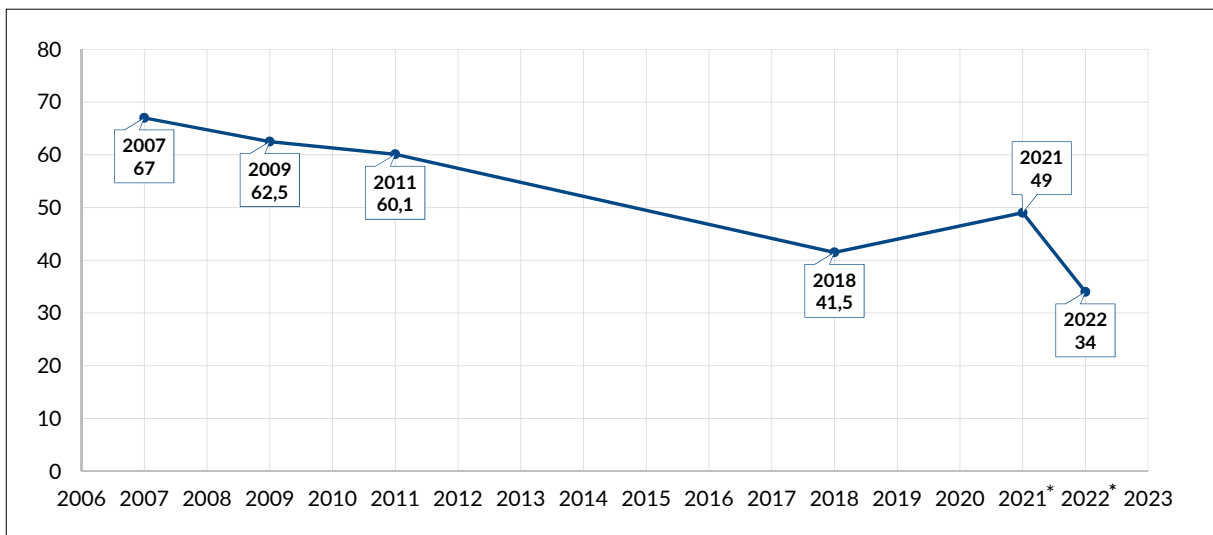
Grafik 1: Corruption Perceptions Index, 2013–2022



* Der Index wird auf einer Skala von 0–100 berechnet, wobei »0« sehr korrupt und »100« überhaupt nicht korrupt bedeutet. Auf Platz 1 liegt aktuell Dänemark mit 90 Punkten.

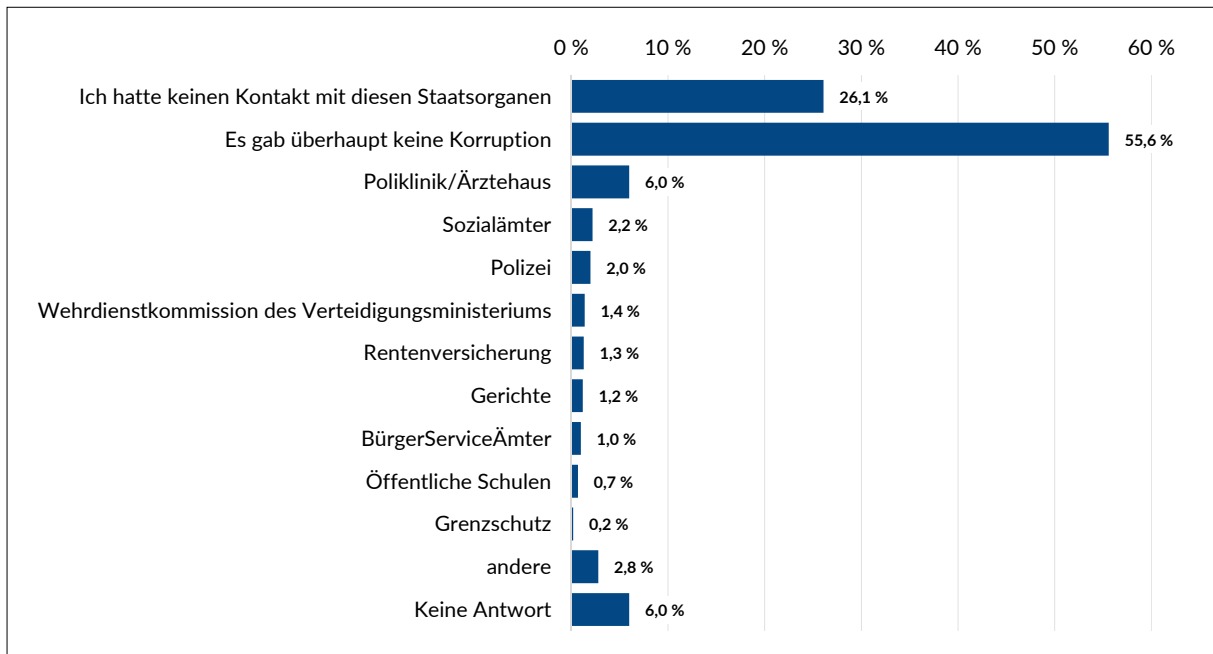
Quelle: https://ti-ukraine.org/en/ti_format/research/corruption-perception-index/.

Grafik 2: Anteil der Personen, die selbst oder deren Familienangehörige innerhalb der letzten 12 Monate Korruption erlebt haben (2007–2022, in %)



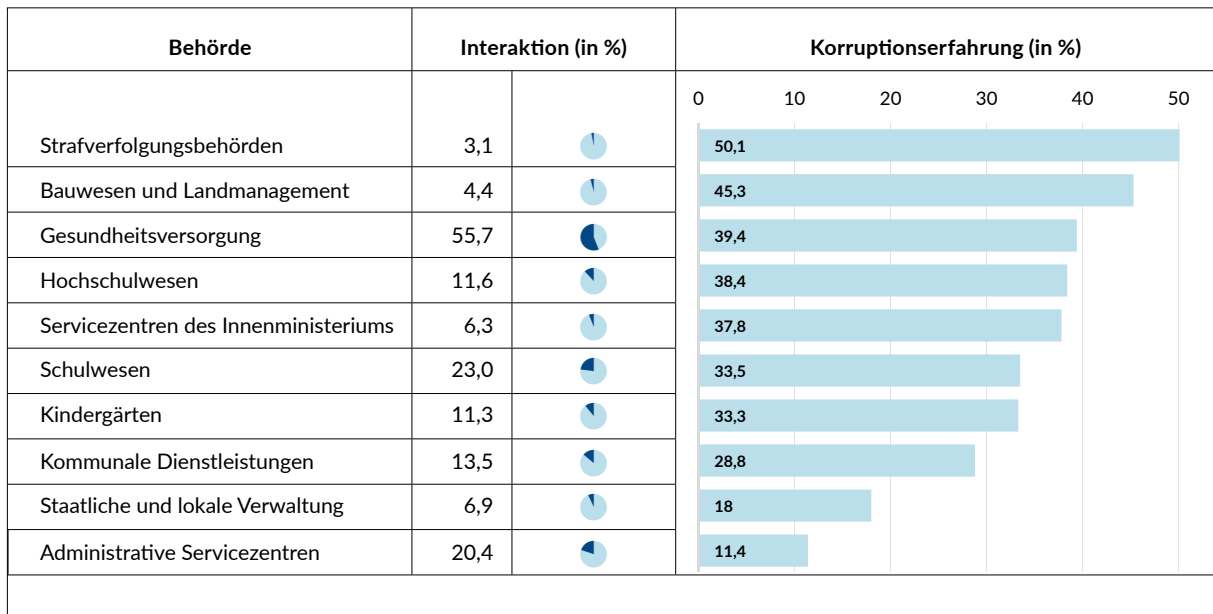
Quellen: bis 2018: PACT: Korruption in der Ukraine. Wahrnehmung, Erfahrung, Zusammenhänge. Analyse nationaler Meinungsumfragen 2015–2018, https://www.dropbox.com/s/Oyvywvf3bjr7y4/ENGAGE%20Memo%20on%20Corruption%20Perception_UKR.pdf?dl=0; *2021/2022: PACT: Surge in Civic Activism, Overwhelming Support to Resisting the Enemy and Fundamental Shift in Perceiving Corruption, 21.02.2022, <https://engage.org.ua/eng/cep-2022-surge-in-civic-activism-overwhelming-support-to-resisting-the-enemy-and-fundamental-shift-in-perceiving-corruption/>.

Grafik 3: Bei welchen staatlichen Organisationen oder Behörden sind Sie persönlich im letzten Jahr mit Korruption (Erpressung von Geld oder Geschenken für Dienstleistungen) konfrontiert worden? (beliebig viele Antworten, in %)



Quelle: repräsentative Umfrage von Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und Razumkov Center unter der Bevölkerung im von der Ukraine kontrollierten Territorium im Dezember 2022, Frage X28, <https://doi.org/10.48320/BDEFAPD3-5E46-4BE0-B5D5-9E6108893820>

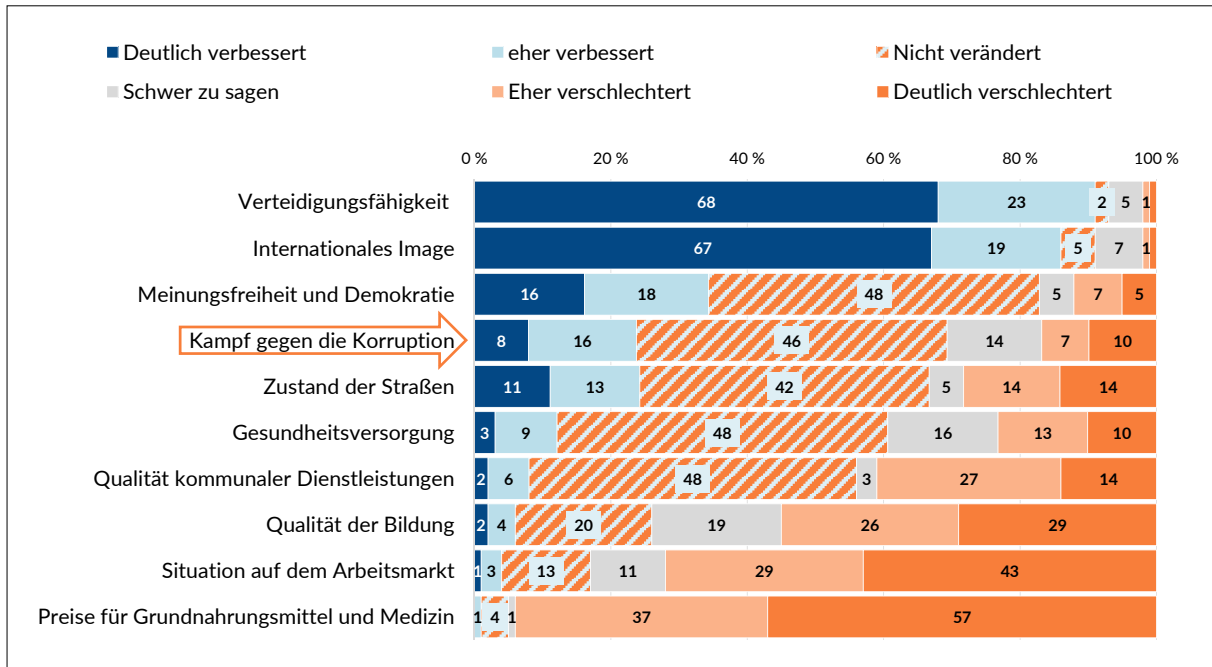
Grafik 4: Interaktion und Korruption mit verschiedenen Institutionen (in %)



Anmerkung: Es wurde zunächst gefragt, ob die Person in den letzten 12 Monate Kontakt mit der jeweiligen Institution hatte, anschließend, ob es dabei zu Korruption kam. Am häufigsten Kontakt gab es mit Einrichtungen aus dem Gesundheitsbereich, am häufigsten zu Korruption – jedoch den wenigsten Kontakt – mit Strafverfolgungsbehörden.

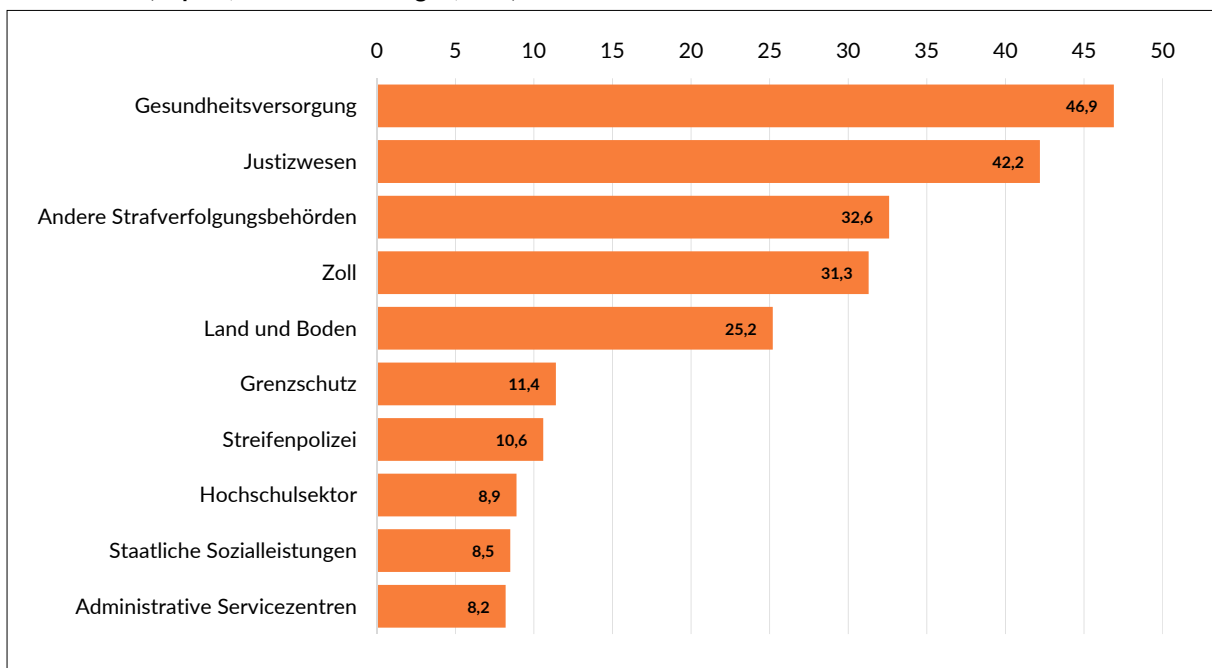
Quelle: Corruption in Ukraine 2021: Understanding, perception, prevalence. Report based on the results of the survey with the public and entrepreneurs, Kyiv, 2022, https://www.sapiens.com.ua/publications/socpol-research/238/%D0%92%D0%A5_NACP_report_ENG.pdf.

Grafik 5: Wie hat sich die Situation in den folgenden Bereich während des vergangenen Jahres verändert? (in %)

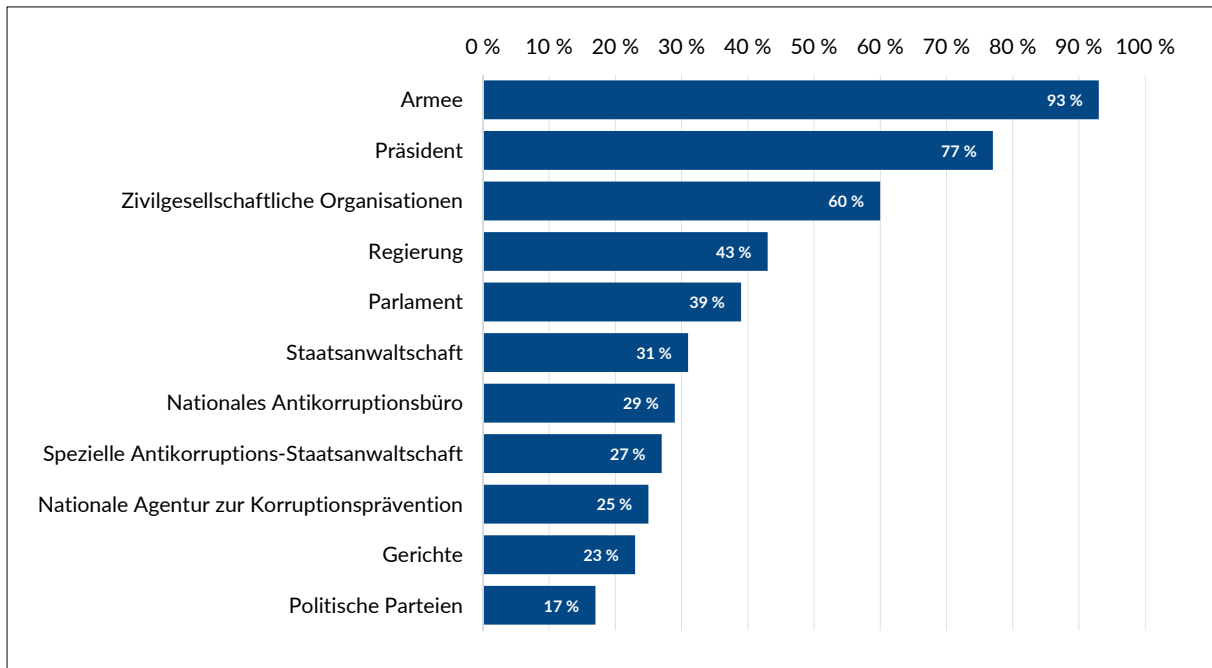


Quelle: Rating-Agentur, 19. Nationale Umfrage in Zeiten des Krieges, »Erwartungen für die Zukunft«, 15.12.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/nineteenth_national_survey_results_of_the_year_expectations_for_the_future_november_20-21_2022.html.

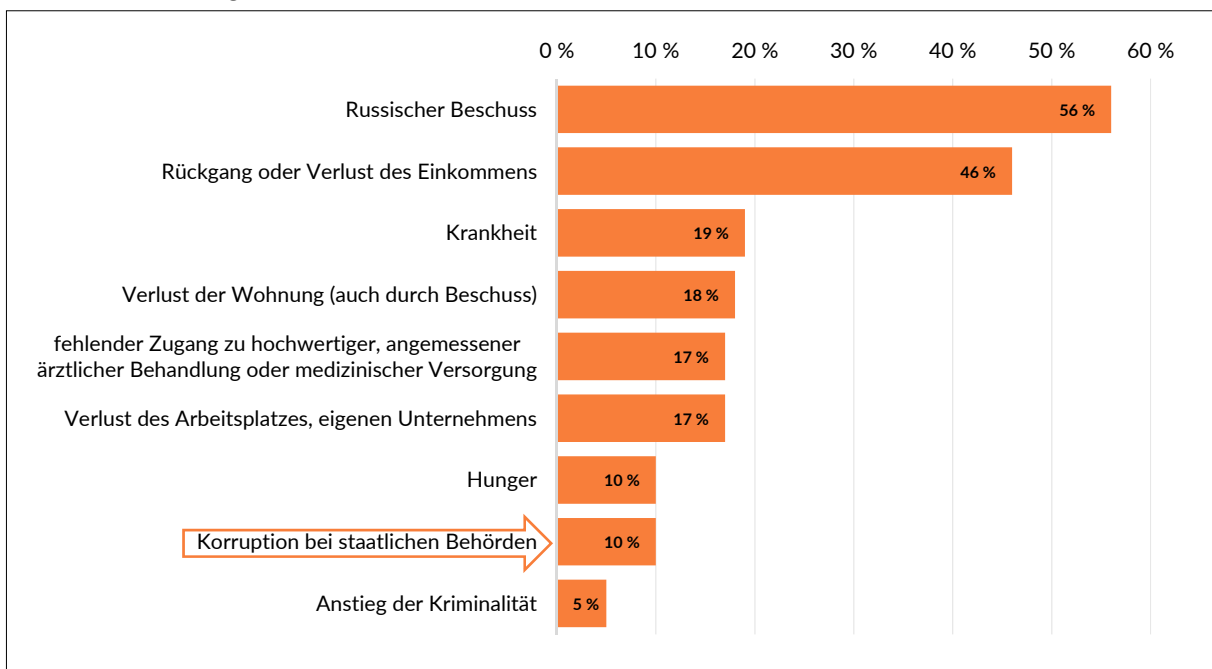
Grafik 6: In welchem Bereich sollte Ihrer Meinung nach die Korruption zuerst bekämpft werden? (Top 10, bis zu 3 Nennungen, in %)



Quelle: Corruption in Ukraine 2021: Understanding, perception, prevalence. Report based on the results of the survey with the public and entrepreneurs, Kyiv, 2022, https://www.sapiens.com.ua/publications/socpol-research/238/%D0%92%D0%A5_NACP_report_ENG.pdf.

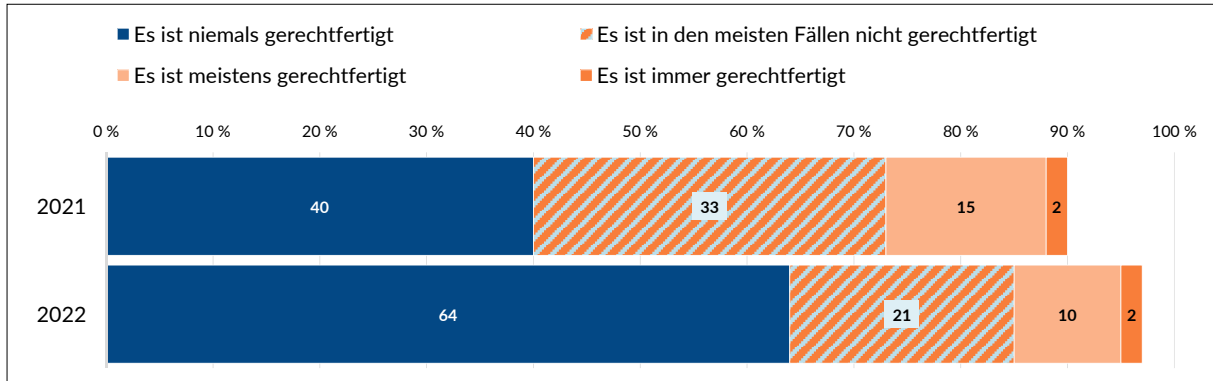
Grafik 7: Vertrauen in ausgewählte Institutionen (Anteil von »vertraue eher« und »vertraue ganz«, in %)

Quelle: repräsentative Umfrage von Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und Razumkov Center unter der Bevölkerung im von der Ukraine kontrollierten Territorium im Dezember 2022, Frage A5 – nur ausgewählte Institutionen, <https://doi.org/10.48320/BDEFafd3-5E46-4BE0-B5D5-9E6108893820>

Grafik 8: Welche Probleme sind derzeit für Ihre Familie relevant oder werden es in naher Zukunft sein? (beliebig viele Antworten, in %)

Quelle: repräsentative Umfrage von Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und Razumkov Center unter der Bevölkerung im von der Ukraine kontrollierten Territorium im Dezember 2022, Frage X20 – nur ausgewählte Antwortoptionen, <https://doi.org/10.48320/BDEFafd3-5E46-4BE0-B5D5-9E6108893820>

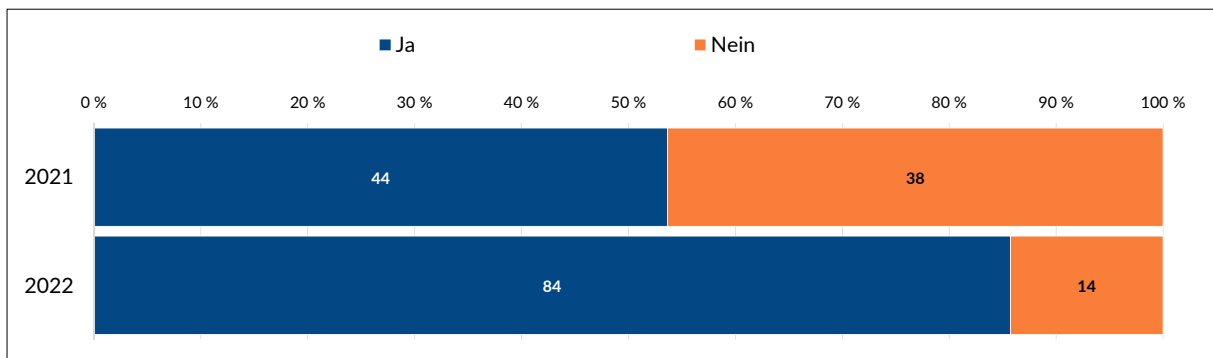
Grafik 9: Glauben Sie, dass die Zahlung von Bestechung, inoffizielle Leistungen oder Geschenke gerechtfertigt werden können, wenn es notwendig ist ein für Sie wichtiges Problem zu lösen? (in %)



Anmerkung: »Schwer zu sagen/keine Antwort« wurde nicht aufgeführt.

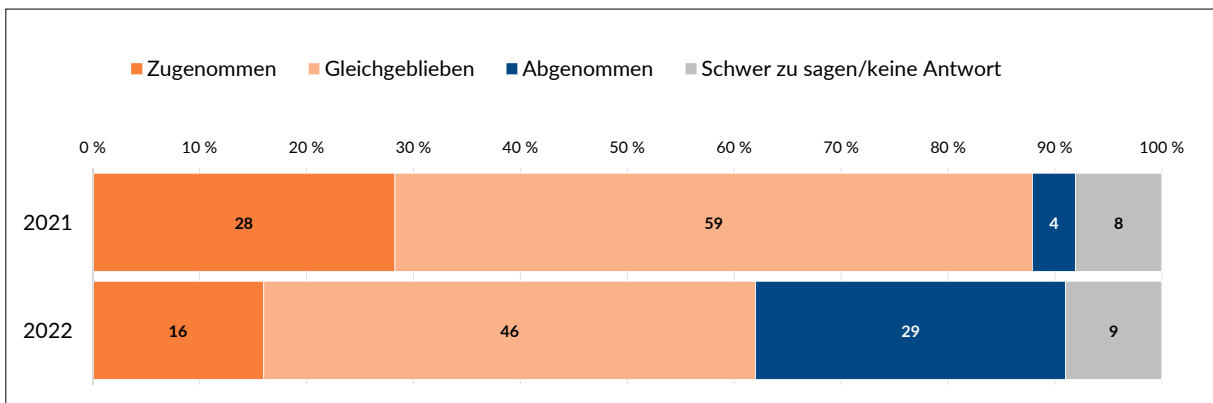
Quelle: Surge in Civic Activism, Overwhelming Support to Resisting the Enemy and Fundamental Shift in Perceiving Corruption, 21.02.2022, <https://engage.org.ua/eng/cep-2022-surge-in-civic-activism-overwhelming-support-to-resisting-the-enemy-and-fundamental-shift-in-perceiving-corruption/>.

Grafik 10: Ich bin bereit Korruptionsfälle, die mir bekannt werden, zu melden (in %)



Quelle: Surge in Civic Activism, Overwhelming Support to Resisting the Enemy and Fundamental Shift in Perceiving Corruption, 21.02.2022, <https://engage.org.ua/eng/cep-2022-surge-in-civic-activism-overwhelming-support-to-resisting-the-enemy-and-fundamental-shift-in-perceiving-corruption/>.

Grafik 11: Hat die Korruption in den vergangenen 12 Monaten zugenommen, ist gleich geblieben oder hat abgenommen? (in %)



Quelle: Surge in Civic Activism, Overwhelming Support to Resisting the Enemy and Fundamental Shift in Perceiving Corruption, 21.02.2022, <https://engage.org.ua/eng/cep-2022-surge-in-civic-activism-overwhelming-support-to-resisting-the-enemy-and-fundamental-shift-in-perceiving-corruption/>.

Reformen, Korruption und gesellschaftliches Engagement

Von Ilona Sologoub und Yelizaveta Dorontseva (beide Vox:Ukraine, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.280.02

Zusammenfassung

Seit dem 24. Februar 2022 hat die vollumfängliche russische Invasion die Aufmerksamkeit der Ukrainer:innen auf sich gezogen und andere Themen an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt. Da die Nachrichten von der Front am wichtigsten sind, stehen die Reformen oft nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, obwohl es keinen Zweifel daran gibt, dass Reformen trotz des ausgerufenen Kriegsrechts fortgesetzt werden sollten. Die Fortsetzung der Reformen ist nicht nur wichtig, um den westlichen Verbündeten zu zeigen, dass sich die Ukraine der EU-Integration verschrieben hat, sondern vor allem, um den ukrainischen Staat zu modernisieren und widerstandsfähiger zu machen. Damit sie nachhaltig sind, sollten Reformen von den Menschen getragen werden. Deshalb haben wir Ukrainer:innen nach ihrer Einstellung zu Reformen gefragt.

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Umfrage, die vom 12. bis 30. Oktober 2022 vom Meinungsforschungsinstitut Info Sapiens durchgeführt wurde. An der Online-Befragung nahmen 2.113 Befragte über 18 Jahren teil, die am 23. Februar 2022 in den von der Regierung kontrollierten Gebieten lebten, einschließlich derjenigen, die nach dem 24. Februar ins Ausland gezogen sind. Die Stichprobe ist repräsentativ für die ukrainische Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Wohnort und Region gemäß den Ukrstat-Daten vom 01. Januar 2022. Der Stichprobenfehler beträgt nicht mehr als 2,2 Prozent. Die Umfragedaten sind frei auf [Discuss Data](#) zugänglich.

Die Erhebung umfasste drei Gruppen von Fragen: zu Reformen (Bedeutung der Reformen, erwartete Ergebnisse und Hindernisse für Reformen), zu Korruption und zu gesellschaftlichem Engagement. Außerdem wurde eine Reihe persönlicher Variablen erfasst: Geschlecht und Alter, Haushaltsgröße, Bildung, Beschäftigung (sowohl ob eine Person beschäftigt, arbeitslos oder nicht erwerbstätig ist, als auch eine detailliertere Reihe von Fragen zur wirtschaftlichen Haupttätigkeit einer Person); die selbst eingeschätzte materielle Lage (von »wir haben nicht einmal Geld für Lebensmittel« bis »wir können uns alles kaufen, was wir wollen«), Region und Art des Wohnortes (städtisch/ländlich), in der die Befragten vor der russischen Invasion lebten. Der Anteil der Geflüchteten in der Stichprobe beträgt 5 Prozent. Die Mehrheit der Befragten beantwortete keine Fragen zu ihrem aktuellen Wohnort, so dass wir diese Informationen nicht in unsere Analyse einbezogen haben.

Zentrale Ergebnisse der Untersuchung

Die Ukrainer:innen bringen eine hohe Unterstützung für Reformen zum Ausdruck, wobei die Unterstützung für Reformen, deren Ergebnisse sie »am eigenen Leib« spüren (z. B. im Gesundheits- und Bildungswesen oder bei der Digitalisierung), relativ hoch ist. Verständlicherweise nennen die Ukrainer:innen die Armeereform als eine der wichtigsten Reformen (auch wenn es vielleicht nicht vernünftig ist, die Armee mitten in einem vollumfänglichen Krieg radikal zu reformieren). Die Justizreform, die Reform des öffentlichen Auftragswesens und die Privatisierung werden als weniger bedeutend eingeschätzt, obwohl diese Reformen für die Modernisierung des Landes entscheidend sind. Die Bedeutung und die Auswirkungen von Reformen in solchen Bereichen, mit denen die Bürger:innen im Alltag nur selten konfrontiert sind, müssen daher intensiver vermittelt werden. Die größte Erwartung an die Reformen ist, dass die Korruption dadurch verringert wird, erst an zweiter Stelle steht die Erhöhung des Wohlstands. Mit Korruption assoziieren die Ukrainer:innen vor allem Bestechungsgelder, die Abzweigung öffentlicher Gelder und Machtmissbrauch durch Beamte.

Etwa ein Drittel der Ukrainer:innen (vor allem aus einkommensschwachen Haushalten) ist nicht bereit, vorübergehende Härten während der Umsetzung der Reformen zu ertragen, und 30–40 Prozent können dies nur einige Monate lang tun. Menschen, die sich an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten beteiligen, sind eher bereit, Reformen zu unterstützen, und sind geduldiger, was deren Ergebnisse angeht. Als Haupthindernisse für Reformen werden in den Augen der Ukrainer:innen die Gegenmaßnahmen von Interessengruppen und sowie die mangelnde Bereitschaft der Regierung gesehen, die Reformen umzusetzen, seltener finanzielle Gründe oder fehlendes Wissen.

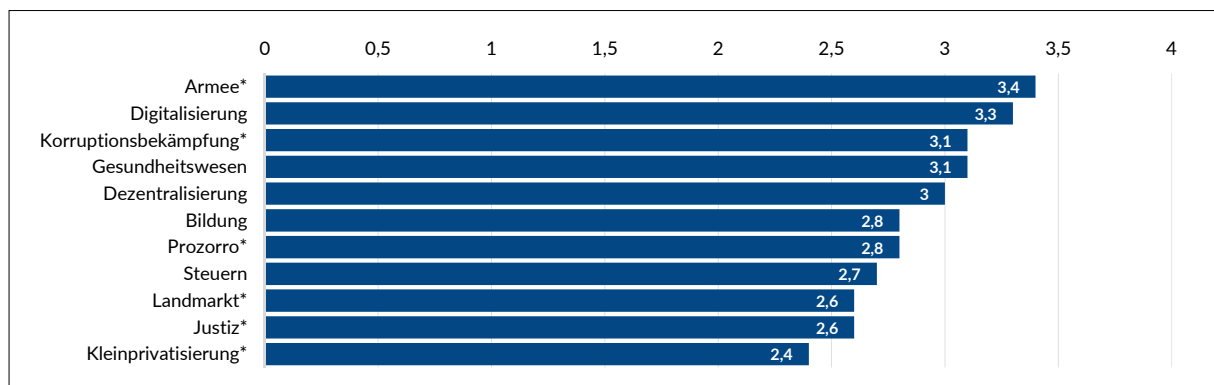
Seit dem Beginn der Invasion haben sich die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten auf Freiwilligenarbeit und karitative Aufgaben verlagert. Nach dem Ende des Krieges wird die zivilgesellschaftliche Tätigkeit, insbesondere die Wohltätigkeit, zurückgehen, und es wird zu einer Fluktuation kommen – einige Menschen werden den NGO-Sektor verlassen, andere werden hinzukommen. In Anbetracht der zentralen Rolle der Zivilgesellschaft beim Wiederaufbau nach dem

Krieg wird der NGO-Sektor Unterstützung benötigen. Unsere politische Empfehlung an die Regierung lautet, die Bürger:innen in den Wiederaufbau- und Reformprozess einzubeziehen. Dies wird das Verständnis der Bürger:innen für die Reformen erhöhen und somit die Unterstützung der Bevölkerung und die Nachhaltigkeit der Reformen verbessern. Dies wird auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung stärken.

»Persönliche« Reformen wichtiger als »allgemeine«

Die Priorisierung der Reformen unterscheidet sich je nach Frageformulierung. In Grafik 1 wird die relative Bedeutung der Reformen verglichen, wenn die Befragten gebeten wurden, ihre Bedeutung zu bewerten (Feld A), und wenn sie gebeten wurden, die Reformen in eine Rangfolge zu bringen. Die Sterne kennzeichnen »allgemeine« Reformen, d. h. solche, deren Auswirkungen eine Person in der Regel nicht direkt spürt, während Reformen ohne Sterne eher »greifbar« sind, d. h. solche, die eine Person in ihrem Alltag eher betreffen. In beiden Rankings haben »allgemeine« Reformen etwas niedrigere Punktzahlen als »persönliche« Reformen, was darauf hindeutet, dass die Menschen Reformen, die sich direkt auf ihr Leben auswirken, als wichtiger empfinden.

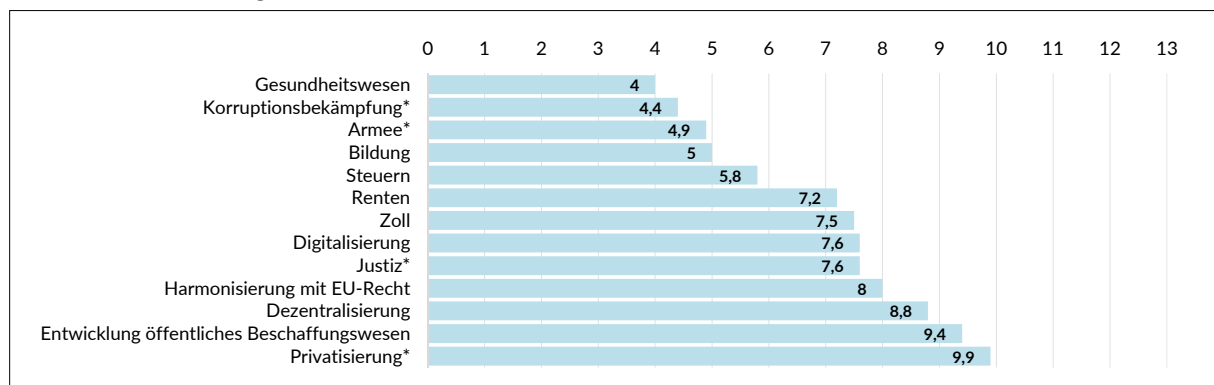
Grafik 1A: Wie wichtig sind Reformen in den folgenden Bereichen?



Anmerkung: Zur Auswahl standen sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig oder nicht wichtig. Die Befragten konnten auch die Antwort »Ich habe noch nie davon gehört« wählen. Den Befragten wurde eine kurze Beschreibung der einzelnen Reformen gegeben.

Die Zahlen stellen gewichtete Durchschnittswerte für jede Reform dar, wobei 4 = sehr wichtig, 1 = überhaupt nicht wichtig und 0 = noch nie davon gehört. Höhere Punktzahlen stehen für wichtigere Reformen. Die Durchschnittsnote für »allgemeine« Reformen liegt bei 2,8 gegenüber 3 für »persönliche« Reformen.

Grafik 1B: Reihenfolge der Reformen



Anmerkung: Die Befragten wurden gebeten, jede Reform auf einer Skala von 1 bis 13 zu bewerten (1 = am wichtigsten).

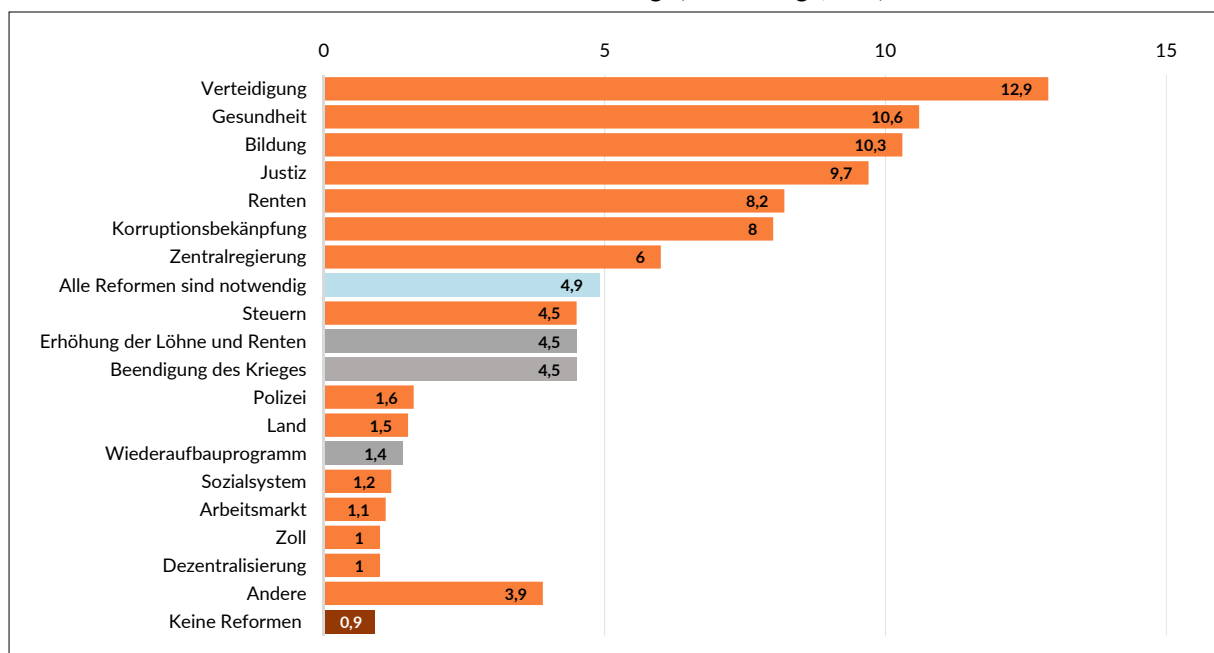
Hier stehen niedrigere Punktzahlen für wichtigere Reformen. Obwohl die Liste der Reformen leicht von der in Panel A abweicht, sind auch hier »allgemeine« Reformen etwas weniger wichtig (Durchschnittsnote 7) als »persönliche« Reformen (Durchschnittsnote 6,8).

Beide Teile von Grafik 1 zeigen, dass für die Ukrainer:innen Reformen in den Bereichen Armee, Gesundheitswesen und Korruptionsbekämpfung am wichtigsten sind. Dies spiegelt sich in den erwarteten Ergebnissen der Reformen wider (siehe Grafik 3A), wobei eine niedrigere Korruption am meisten erwartet wird. Interessanterweise wird der Justizreform und der Privatisierung, die Schlüsselemente zur Verringerung der Korruption sind, keine Priorität eingeräumt. Hier besteht ein Kommunikationsbedarf, um den Menschen zu erklären, warum diese Reformen zu weniger Korruption führen und wie sie sich auf das Leben der Menschen auswirken.

Die Bedeutung der Armeereform stieg 2022 nach der großangelegten russischen Invasion. Laut einer Umfrage der Stiftung für Demokratische Initiativen (DIF) von 2020 waren die wichtigsten Reformfelder für die Ukrainer:innen die Korruptionsbekämpfung, das Gesundheitswesen und die Renten. Die Armeereform lag im Mittelfeld, und die Bereiche Bildung, Landreform und Energie wurden als am wenigsten wichtig angesehen.

Grafik 2 zeigt die Antworten auf die offene Frage »Welche Reformen sind im Jahr 2023 besonders wichtig?«. Die Antworten sollten eher als diejenigen Bereiche interpretiert werden, die den Menschen aktuell am wichtigsten sind, denn es gibt eine ganze Reihe von Antworten wie »Erhöhung der Gehälter und Renten« oder »Senkung der Preise«, die keine Reformen im eigentlichen Sinne sind, aber als Maßnahmen von der Regierung erwartet werden. In dieser Prioritätenliste steht die Justizreform ziemlich weit oben – gleich nach Verteidigung, Gesundheitswesen und Bildung.

Grafik 2: Welche Reformen sind 2023 besonders wichtig? (offene Frage, in %)



Anmerkung: In dieser Abbildung sind Antworten, bei denen es sich nicht um Reformen, sondern um die Wünsche der Bürger handelt, grau markiert.

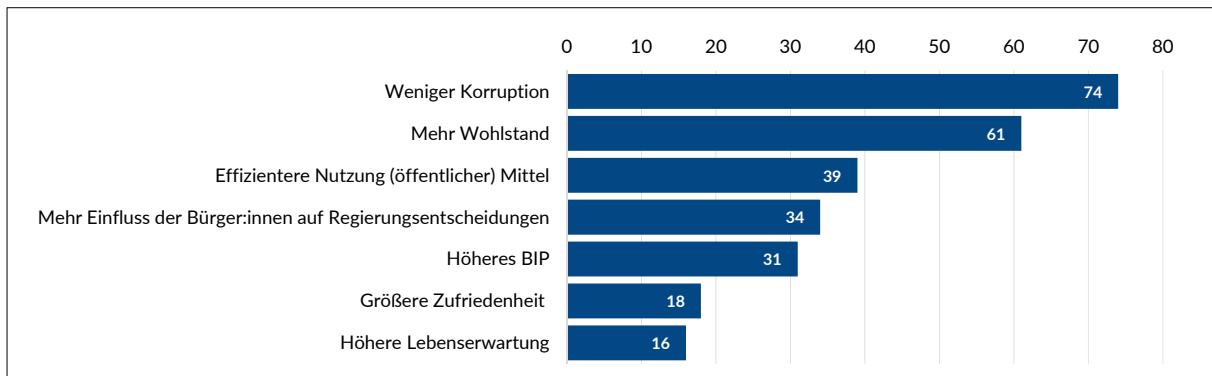
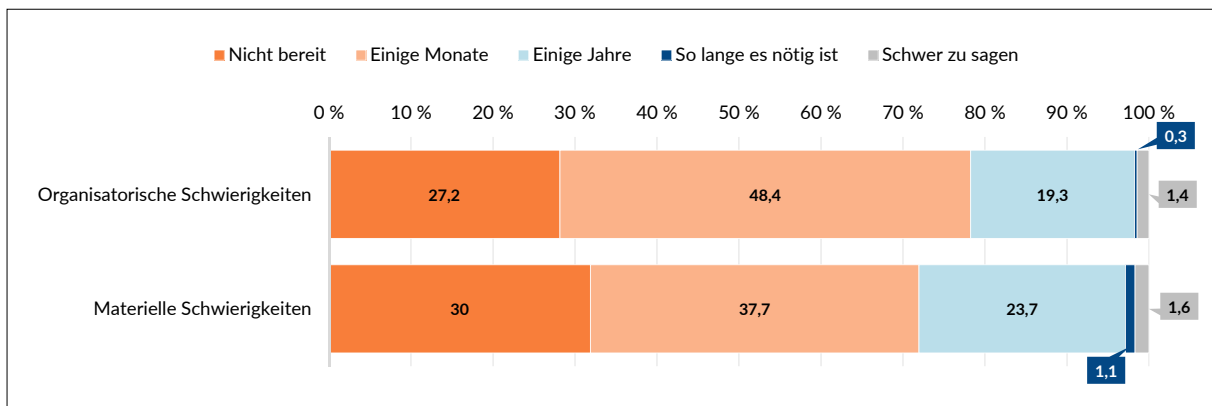
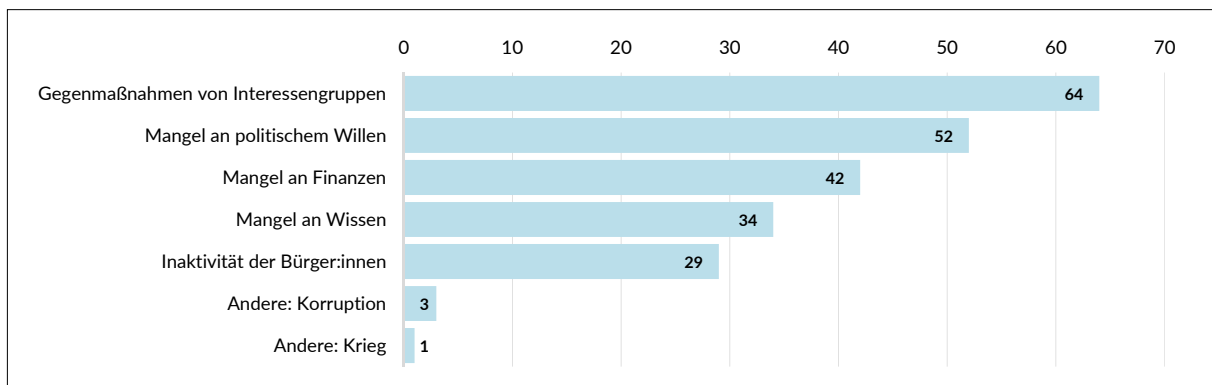
Weniger Korruption ist die wichtigste Erwartung an die Reformen

Da die Korruption seit mehr als einem Jahrzehnt ganz oben auf der Agenda der ukrainischen Gesellschaft steht, ist es nur natürlich, dass die Ukrainer:innen von Reformen in erster Linie eine Verringerung der Korruption erwarten (fast 3/4 der Stichprobe). Mehr als 60 Prozent erwarten einen höheren Wohlstand, während andere Antworten weniger häufig sind (Grafik 3A). Männer nennen häufiger einen Anstieg des BIP als erwartetes Reformergebnis und seltener Wohlstand, was mit ihrer etwas höheren Wahrscheinlichkeit übereinstimmt, »allgemeine« Reformen für wichtig zu halten. Gesellschaftlich aktive Personen erwarten ebenfalls eher eine Erhöhung des BIP und seltener eine Erhöhung des Wohlstands und der Lebenserwartung. Menschen mit höherer Bildung erwarten häufiger eine geringere Korruption, eine höhere Wohlfahrt und eine höhere Lebenserwartung und seltener einen größeren Einfluss auf die Bürger:innen als Folge von Reformen.

Es überrascht nicht, dass wohlhabendere Menschen eher bereit sind, gewisse Härten durch die Umsetzung von Reformen in Kauf zu nehmen, ebenso wie gesellschaftlich aktive Personen. Die erste Kategorie hat möglicherweise einen längeren Planungshorizont, während sich die zweite Kategorie eher bewusst ist, dass Reformen keine sofortige Wirkung haben (Grafik 3B).

Interessengruppen und mangelnder politischer Wille sind Hindernisse für Reformen

Was sehen die Bürger:innen als größte Hindernisse für Reformen an? Diese ergeben sich vor allem aus der Wahrnehmung von Korruption als einem der Hauptprobleme der Ukraine. So sind die beiden wesentlichen Hindernisse für Reformen aus Sicht der Ukrainer die Gegenmaßnahmen von bestimmten Interessengruppen und der fehlende politische Wille (Grafik 4).

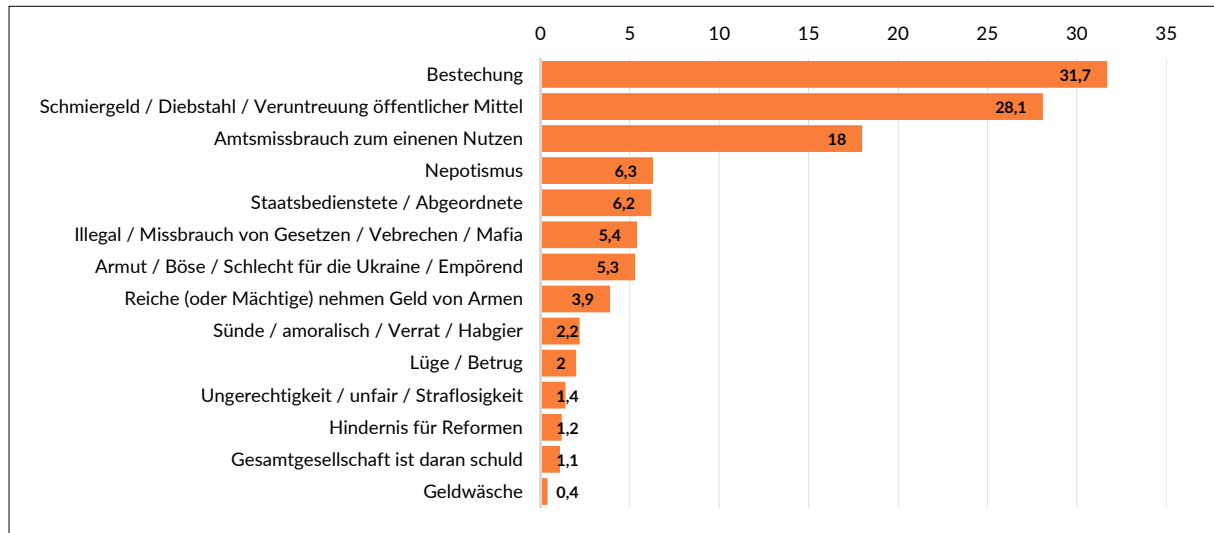
Grafik 3A: Erwartungen der Menschen an Reformen (in %)**Grafik 3B: Wie lange sind Sie bereit, vorübergehende Schwierigkeiten während der Umsetzung der Reformen in Kauf zu nehmen? (in %)****Grafik 4: Was sind die wesentlichen Hindernisse für Reformen? (bis zu drei Antworten (auch eigene) möglich, in %)**

Korruption wird meist mit Bestechungsgeldern und der Veruntreuung öffentlicher Gelder assoziiert

Der nächste Fragenblock betrifft die Korruption. Hier wurden die Befragten gebeten, Korruption zu definieren (offene Frage) und festzulegen, ob bestimmte Situationen aus ihrer Sicht Korruption darstellen oder nicht. Auf der Grundlage der Antworten wurde für alle Befragten ein Korruptionswert berechnet (je höher der Wert, desto mehr positive Antworten gab der Befragte). Erwartungsgemäß hielten die Befragten mit höheren Korruptionswerten die Korruptionsbekämpfung und damit zusammenhängende Reformen (Justiz, Privatisierung, Steuern, öffentliches Auftragswesen) eher für wichtig. Sie erwarteten auch eher weniger Korruption und ein höheres BIP als Ergebnis von Reformen und machten häufiger Interessengruppen und mangelnden politischen Willen für schleppende Reformen verantwortlich.

Die von den Befragten angegebene Definition von Korruption ist recht interessant. Wir haben die Antworten in mehrere Kategorien eingeteilt (Grafik 5). Mit diesen Kategorien assoziieren die Befragten Korruption. Erwartungsgemäß waren Bestechung, Missbrauch öffentlicher Mittel und Machtmissbrauch die häufigsten Antworten.

Grafik 5: Was ist Korruption? (offene Frage, mehrere Antwortmöglichkeiten, in %)



Aktuell konzentriert sich das gesellschaftliche Engagement auf Freiwilligenarbeit und Spenden, nach Kriegsende wird es eine neue Welle des Aktivismus geben

Abschließend befragten wir die Respondent:innen zu ihrem gesellschaftlichen Engagement. Tabelle 1 zeigt den Anteil der Personen, die vor und nach dem 24. Februar 2022 gesellschaftlich aktiv waren. Es zeigt sich, dass viele Menschen Petitionen schrieben oder unterzeichneten oder Geld spendeten, während die Teilnahme am Verfassen von Rechtsakten oder an Regierungssitzungen seltener vorkommen – wahrscheinlich, weil dies zeitaufwendiger ist. Wir sehen auch einen verständlichen Rückgang der Protestaktivitäten (seit der Ausrufung des Kriegsrechts sind Proteste untersagt, Anm. d. Red.) bei einem gleichzeitigen Anstieg der Freiwilligenarbeit und Spenden nach dem 24. Februar. Nach dem Krieg planen viele Menschen, ihr bürgerschaftliches Engagement wieder zu reduzieren.

Tabelle 1: Gesellschaftliche Partizipation der Respondent:innen (% derjenigen, die eine bestimmte Art von Aktivität angeben)

	Vor dem 24. Februar 2022	Nach dem 24. Februar 2022 (jetzt)	Geplant nach dem Ende des Kriegsrechts	Habe ich nicht und plane auch nicht
NGO-Mitglied	21,8	14,7	16,1	57
Petitionen (erstellen/zeichnen)	38	33	11,2	41
Teilnahme an Protesten	26,1	7,3	10	62,5
Teilnahme in offenen Regierungstreffen	14,8	4,4	11,6	74
Ausarbeitung normativer Akte	11	4,3	7,8	81,1
Anfragen an staatliche Behörden	30,2	8,9	10,2	58,7
Wohltätige Spenden	38,6	63,1	11,7	20,5
Ehrenamtliche Tätigkeit	17,3	37,2	15,5	44,9
Teilnahme an Treffen der lokalen Verwaltung (Hromadas) oder ähnlichem	38,5	14,5	9,6	50,9

Anmerkung: Weder die Zeilen noch die Spalten ergeben 100, da eine Person an einigen Aktivitäten gleichzeitig teilnehmen kann, aber auch während mehrerer Zeiträume an ihnen teilnehmen (oder dies planen) kann.

Tabelle 2 zeigt, dass ein beträchtlicher Anteil der Menschen gleichzeitig in mehrere ähnliche Aktivitäten involviert ist, z. B. Petitionen schreiben und an Regierungssitzungen teilnehmen oder in NGOs und bei der Entwicklung von Gesetzen mitwirken usw. Diejenigen, die sich derzeit ehrenamtlich engagieren, sind mit größerer Wahrscheinlichkeit auch Mitglieder von NGOs und leisten wohltätige Beiträge. Derzeit ist eine stärkere Konzentration der Aktivitäten zu beobachten als in der Zeit vor der Invasion: Heute nehmen nur knapp 7 Prozent der Befragten an 5 oder mehr Aktivitäten teil, während dieser Anteil früher bei mehr als 19 Prozent lag.

Tabelle 2: Anzahl gesellschaftlicher Aktivitäten der Respondent:innen

Anzahl Aktivitäten	Vor dem 24. Februar 2022	Nach dem 24. Februar 2022 (jetzt)	Geplant nach dem Ende des Kriegsrechts	Habe ich nicht und plane auch nicht
0	29,8	24,1	57,2	9,5
1	18,3	24,9	20,1	5,1
2	13,9	22,4	8,4	7,8
3	10,7	11,8	5,5	8,3
4	8,2	10,1	3,5	10,9
5	6,3	3	1,6	13,7
6	4,7	1,9	1	11,9
7	2,7	0,4	0,4	11,9
8	2,6	0,2	0,3	10,1
9	2,9	1,2	1,9	10,8

Anmerkung: Der Anteil der Personen, die an keiner der Aktivitäten teilgenommen haben und dies auch nicht vorhaben, befindet sich in der unteren rechten Ecke der Tabelle (10,8 %). Die Spalten dieser Tabelle ergeben zusammen 100%.

Wir haben keine persönlichen Merkmale ermittelt, die das gesellschaftliche Engagement einer Person zweifelsfrei erhöhen (jüngere Frauen haben möglicherweise eine höhere Wahrscheinlichkeit, sich zu engagieren, aber die Zahlen sind nicht belastbar). Möglicherweise ist die Beteiligung einer Person an einer gesellschaftlichen Aktivität auf einige nicht beobachtete Faktoren zurückzuführen.

Wir haben auch untersucht, wie beständig das Engagement ist und wie viele Menschen von Aktivität zu Inaktivität wechseln und umgekehrt. Wir haben drei Arten von gesellschaftlichem Engagement untersucht: Mitgliedschaft in einer NGO, ehrenamtliche Tätigkeit und Spenden für wohltätige Zwecke. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass es erhebliche Zu- und Abwanderungen zu und von gesellschaftlichen Aktivitäten gibt und geben wird. So planen nur 2,7 Prozent der Menschen, die bereits vor der Invasion in einer NGO aktiv waren und es aktuell noch sind, auch nach dem Sieg der Ukraine weiterhin in einer NGO zu sein. 68 Prozent derjenigen, die vor dem 24. Februar Mitglied einer NGO waren (15 Prozent der Befragten), scheinen sich hingegen aus dem NGO-Sektor zurückgezogen zu haben (obwohl sich ihre Pläne in Zukunft ändern könnten). Auf der anderen Seite planen 19 Prozent derjenigen, die noch nie Mitglied einer NGO waren (insgesamt 12 Prozent der Befragten), nach dem Krieg einer NGO beizutreten.

Ebenso waren 3,3 Prozent der Befragten, die aktuell ehrenamtlich aktiv sind, schon vor dem 24. Februar ehrenamtlich tätig und planen, ihre Tätigkeit auch in Zukunft fortzusetzen. 26 Prozent der Befragten (und 70 Prozent derjenigen, die derzeit ehrenamtlich tätig sind) wurden hingegen erst nach dem 24. Februar ehrenamtlich tätig und planen nicht, ihre Tätigkeit nach dem Krieg fortzusetzen. Im Allgemeinen wird die Freiwilligentätigkeit nach dem Krieg ungefähr auf das Vorkriegsniveau zurückkehren, auch wenn andere Personen daran beteiligt sein werden. Im Gegensatz dazu wird die Spendenbereitschaft, obwohl sie nach dem 24. Februar erheblich zugenommen hat (von 39 Prozent auf 63 Prozent), nach dem Krieg weitgehend zurückgehen – nur 11 Prozent planen, nach dem Krieg weiter zu spenden. Mehr als die Hälfte davon sind Personen, die bereits vor dem Krieg für wohltätige Zwecke gespendet haben und dies auch jetzt noch tun (6,1 Prozent der Gesamtbevölkerung). Etwa ein Drittel derjenigen, die vor dem 24. Februar gespendet haben, haben nach der Invasion aufgehört zu spenden, während 61 Prozent derjenigen, die nicht gespendet haben, nach dem 24. Februar zu spenden begonnen haben. Nach dem Krieg werden die Menschen Geld brauchen, um ihre Gesundheit, ihre Häuser usw. wiederherzustellen. Dies kann den erwartbaren Rückgang der Wohltätigkeitsaktivitäten erklären.

Fazit

Die Umfrage zeigte, dass nicht alle Ukrainer:innen klar definieren können, was eine Reform ist, aber die Mehrheit von ihnen glaubt, dass Reformen wichtig sind. Die größere Bedeutung von Reformen, die für die Menschen direkt spürbar sind, deutet darauf hin, dass »allgemeine« Reformen besser kommuniziert werden müssen. Konkret: Die wichtigste Reform ist gegenwärtig der »Neustart« der Justiz.

Das gesellschaftliche Engagement – d. h. der Anteil der Menschen, die sich freiwillig engagieren oder spenden – ist stark gestiegen, aber nach dem Krieg wird es wieder zurückgehen. Außerdem wird es zu einer gewissen Fluktuation kommen – einige Aktivist:innen werden in andere Sektoren abwandern, während neue hinzukommen.

Wir empfehlen der Regierung, die Zivilgesellschaft in alle Phasen des Wiederaufbauprozesses einzubeziehen: Projektentwicklung, Prioritätensetzung, Umsetzung und Evaluierung. Dadurch wird das Vertrauen in die Regierung und die Unterstützung der Bevölkerung für die Reformen gestärkt, was für deren Nachhaltigkeit notwendig ist.

Übersetzung: Dr. Eduard Klein

Diese Publikation wurde im Rahmen des Projekts »Unterstützung von Think Tanks« erstellt, das von der International Renaissance Foundation mit finanzieller Unterstützung der Botschaft von Schweden in der Ukraine durchgeführt wird. Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren und spiegelt nicht unbedingt die Ansichten der Botschaft von Schweden in der Ukraine und der International Renaissance Foundation wider.

Der Text erschien am 27. Dezember 2022 auf der Website Vox:Ukraine und ist frei zugänglich unter <https://voxukraine.org/en/reforms-corruption-and-civic-activism-opinion-of-ukrainians-in-october-2022/>. Die Umfragedaten sind frei zugänglich auf Discuss Data: <https://discuss-data.net/dataset/460dda05-8ad2-45b0-9d57-7c820931a0f8/>.

Wir danken den Autorinnen und Vox:Ukraine für die Erlaubnis zum Nachdruck in deutscher Übersetzung.

Über die Autorinnen:

Ilona Sologoub leitet die Online-Analyseplattform Vox:Ukraine. Zuvor war sie Direktorin für Economic Policy Studies an der Kyiv School of Economics und war im Bankensektor tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind globale Wirtschaft, Sozialpolitik und Medien.

Yelizaveta Dorontseva ist Analystin bei der Online-Analyseplattform Vox:Ukraine und beschäftigt sich mit dem ukrainischen Reformprozess.

CHRONIK

01. – 10. Februar 2023

01.02.2023	Der ukrainische Generalstab berichtet, dass Russland aktive Aufklärungsoperationen durchführt, um neue Offensiven in mehreren Gebieten vorzubereiten. Ukrainische Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass Russland bis März den Donbas erobern will. Besonders um die strategisch wichtige Stadt Bachmut finden aktuell schwere Gefechte statt. Laut ukrainischen Behörden befinden sich immer noch knapp 6.000 Zivilist:innen in der Stadt, darunter 200 Kinder.
01.02.2023	In der bisher größten Anti-Korruptions-Razzia seit Beginn der russischen Invasion durchsuchen Ermittlungsbehörden die Häuser des Oligarchen Ihor Kolomojskyj, des früheren Innenministers Arsen Awakow sowie anderer amtierender und ehemaliger hochrangiger Beamter. Kolomojskyj wird vorgeworfen, bei Ukrtafta und Ukrtafta, die er früher kontrolliert haben soll, Ölprodukte im Wert von 1 Milliarde US-Dollar veruntreut zu haben. Die Durchsuchung bei Awakow fand in Zusammenhang mit dem Helikopterabsturz am 18. Januar 2023 statt, bei dem Innenminister Denys Monastyrskyj und weitere Insassen ums Leben gekommen waren. Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) verdächtigt darüber hinaus sieben Personen, darunter einen ehemaligen Vize-Kulturminister, 14 Gebäude am Stadtrand von Kyjiw im Gesamtwert von mehr als 1 Million US-Dollar illegal übernommen haben. Auch wird der amtierende Leiter des staatlichen Zolldienstes, Wjatscheslaw Demtschenko, entlassen.
01.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj bedankt sich in seiner abendlichen Ansprache für die umfassenden Korruptionsermittlungen und bezeichnet den Tag als »fruchtbar« im Kampf gegen Korruption und Ungerechtigkeit. »Alles muss absolut sauber und ehrlich sein. Wer sich da in den Weg stellt, wird nicht in den entsprechenden Strukturen bleiben«, mahnt Selenskyj.
01.02.2023	Laut dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu erwägt Israel der Ukraine militärische Hilfe bereitzustellen. Auch der sog. Iron Dome zur Flugabwehr sei im Gespräch. Bisher leistet Israel humanitäre Hilfe, aber keine militärische.
01.02.2023	Spanien stellt der Ukraine 20 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ M113 zur Verfügung, teilt die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles mit.
01.02.2023	Das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtet, dass die EU plane, anstatt der bisher zugesagten 15.000 insgesamt 30.000 ukrainische Soldat:innen auszubilden.

02.02.2023	Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und EU-Chefdiplomat Josep Borrell treffen am Vorabend des Ukraine-EU-Gipfels in Kyjiw ein. Im Vorfeld des Treffens sagt Borrell: »Die EU-Hilfen [für die Ukraine] seit Beginn des russischen Krieges belaufen sich auf 50 Milliarden Euro. Europa stand vom ersten Tag an geschlossen an der Seite der Ukraine. Und wir werden weiterhin an ihrer Seite stehen, um zu gewinnen und [die Ukraine] wieder aufzubauen«. Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt mit, dass die Ukraine Verhandlungen über eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union im Jahr 2023 verdiene.
02.02.2023	Der Rat der Europäischen Union beschließt ein neues Militärhilfepaket in Höhe von 500 Millionen Euro für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität. Es ist das siebte Sicherheitspaket für den Kampf der Ukraine gegen die russische Aggression.
02.02.2023	Der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Wjatscheslaw Schapowalow kommt für 60 Tage in Untersuchungshaft, die Kaution wird auf 40 Mio. Hrywnja (ca. 10 Mio. Euro) festgesetzt, berichtet die Ukrainiska Prawda. Schapowalow wird Korruption bei der Beschaffung von Lebensmitteln für das Militär vorgeworfen.
02.02.2023	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) verdächtigt zwei hochrangige Beamte des Gebiets Sumy, darunter den stellvertretenden Gouverneur, der Veruntreuung von Staatsgeldern, die für den Wiederaufbau vorgesehen waren. Die Region an der Grenze zu Russland wird immer wieder von der russischen Armee beschossen. Auch in Odesa verhaftet der SBU einen lokalen leitenden Beamten wegen Korruptionsverdachts.
03.02.2023	Die Ukraine wird trotz der Drohungen des Kremls Mitglied der EU werden, sagt der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel auf dem EU-Ukraine Gipfel in Kyjiw. Die Ukraine erhielt im Juni 2022 offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten, aber die Gespräche über den Beitritt haben noch nicht begonnen, da die Ukraine zunächst sieben Vorbedingungen erfüllen muss.
03.02.2023	Im Anschluss an das Gipfeltreffen zwischen der Ukraine und der EU kündigt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, dass die EU 1 Milliarde Euro für den Wiederaufbau der von Russland zerstörten Infrastruktur bereitstellen will, um eine schnelle wirtschaftliche Erholung zu ermöglichen. Die Weltbank schätzt, dass der Wiederaufbau der Ukraine bis zu 600 Milliarden Euro kosten wird.
03.02.2023	Die USA kündigen ein neues militärisches Hilfspaket im Wert von 2,17 Milliarden US-Dollar für die Ukraine an. Darunter sind auch GLSDB-Langstreckenraketen (Ground Launched Small Diameter Bomb), die von HIMARS-Systemen abgefeuert werden können und eine Reichweite bis zu 150 Kilometern haben. Das ist in etwa die doppelte Reichweite der bisher der Ukraine zur Verfügung gestellten Systeme.
03.02.2023	Der Sprecher der Bundesregierung Steffen Hebestreit teilt mit, dass Deutschland zusätzlich zur Lieferung moderner Leopard 2-Panzer auch den Export von Leopard 1-Panzern an die Ukraine genehmigt habe. Die Süddeutsche Zeitung berichtet unter Berufung auf Regierungskreise, dass die Leopard 1-Panzer aus Beständen der Industrie kommen sollen und ausgeliefert werden, sobald Reparaturarbeiten abgeschlossen sind.
03.02.2023	Generalstaatsanwalt Andrij Kostin teilt mit, dass die USA erstmals den Transfer von beschlagnahmtem russischen Vermögen im Wert von 5,4 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau der Ukraine genehmigt hätten. Dabei handelt es sich um Vermögenswerte des russischen Oligarchen Konstantin Malofejew, der den Kriegskurs des Kremls öffentlich unterstützt. Um den Transfer rechtlich abzusichern, billigte der US-Senat im Dezember 2022 die Übertragung von beschlagnahmten Vermögenswerten russischer Oligarchen an die ukrainische Bevölkerung.
04.02.2023	Laut Angaben des ukrainischen Generalstabs hat Russland inzwischen mehr als 130.000 Soldaten in der Ukraine verloren. Die Zahlen können aufgrund des Kriegsgeschehens nicht unabhängig verifiziert werden.
04.02.2023	Die stellvertretende Verteidigungsministerin Hanna Maljar berichtet, dass Russland in der vergangenen Woche »seine ganze Kraft« in die Einkreisung von Bachmut gesteckt habe, um »unsere Verteidigung zu brechen und Bachmut einzukesseln und eine schwere Offensive bei Lyman zu starten«. Bachmut ist seit Monaten schwer umkämpft, die Ukraine will sich jedoch nicht aus der strategisch wichtigen, aber inzwischen fast vollständig zerstörten Stadt zurückziehen.
04.02.2023	Die ukrainische Regierung gibt offiziell grünes Licht für die vollständige Einführung der »Delta«-Plattform für die Armee. »Delta« ist ein in der Ukraine entwickeltes militärtechnisches Situationserkennungssystem, das eine effektive Kommunikation in Echtzeit ermöglicht und auf NATO-Standards basiert. Laut Militärexpert:innen spielt »Delta« inzwischen eine wichtige Rolle in der ukrainischen Armee und ist ein entscheidender technologischer Vorteil gegenüber der russischen Armee.
04.02.2023	Generalbundesanwalt Peter Frank teilt mit, dass Deutschland Beweise von russischen Kriegsverbrechen in dreistelliger Zahl gesammelt habe. Die Behörden befragen ukrainische Flüchtlinge, die Kenntnis von Kriegsverbrechen in der Ukraine haben, zum Beispiel in Butscha, so Frank. Da der russische Angriffskrieg nicht vom Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden kann, unterstützt Deutschland die Einrichtung eines Sondertribunals, vor das die Beweise gebracht werden könnten.

04.02.2023	Im Rahmen eines Gefangenenaustauschs kommen 116 ukrainische Militärangehörige aus russischer Gefangenschaft frei und werden in die Ukraine zurückgebracht, teilt der Leiter des ukrainischen Präsidialbüros Andrij Jermak mit.
04.02.2023	Der erste kanadische Leopard 2-Kampfpanzer ist unterwegs in die Ukraine. Die kanadische Verteidigungsministerin Anita Anand schreibt dazu auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: »Kanada steht an der Seite des ukrainischen Volkes – und wir werden die ukrainischen Streitkräfte weiterhin mit der Ausrüstung versorgen, die sie für den Sieg benötigen. Kanadas Unterstützung für die Ukraine ist unerschütterlich«. Auch Portugal teilt mit, der Ukraine vier Leopard 2-Panzer liefern zu wollen.
05.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj will Verteidigungsminister Oleksij Resnikow entlassen, berichtet die Ukrainiska Prawda unter Berufung auf Regierungs- und Militärquellen. Geheimdienstchef Kyrylo Budanow wird als Nachfolger gehandelt. Resnikow steht seit Ende Januar unter Druck, nachdem ein Korruptionsskandal bei der Beschaffung von Lebensmitteln für die Armee bekannt geworden war. Resnikow selbst sei bereit zurückzutreten, falls der Präsident seine Entlassung anordnet, teilt der Verteidigungsminister mit.
05.02.2023	Das britische Verteidigungsministerium geht davon aus, dass russische Truppen die umkämpfte Stadt Bachmut allmählich isolieren und einkesseln, da die zwei wichtigsten Zufahrtsstraßen inzwischen unter russischer Feuerkontrolle seien.
05.02.2023	Das ukrainische Landwirtschaftsministerium teilt mit, dass die Getreideexporte im Januar im Vergleich zum Vormonat um 1.3 Mio. Tonnen auf 5.5 Mio. Tonnen gesunken seien. Die Ursache dafür sei, dass Russland die Durchfahrt von Getreidefrachtern blockiere. Im Rahmen der Schwarzmeer-Getreideinitiative hat Russland der Ukraine den Export von Getreide auf dem Seeweg zugesichert, soll diese laut ukrainischen Angaben aber immer wieder verzögern oder blockieren.
06.02.2023	Davyd Arachamija, Vorsitzender der Regierungsfraktion »Diener des Volkes« im ukrainischen Parlament, verkündet per Telegram, dass Verteidigungsminister Oleksij Resnikow in dieser Woche nicht entlassen werde.
06.02.2023	Russische Truppen formieren sich neu und führen Offensiven in fünf Gebieten durch, teilt der ukrainische Generalstab mit. Es gebe russische Offensiven in der Nähe von Kupjansk in der Oblast Charkiw sowie in Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Nowopawliwka in der Oblast Donezk. Durch russischen Beschuss werden unter anderem Wohngebäude in der Oblast Dnipropetrowsk und ein Krankenhaus in der Oblast Charkiw beschädigt; mindestens ein Mensch kommt dabei ums Leben.
06.02.2023	Der norwegische Ministerpräsident Jonas Gahr Støre teilt mit, dass Norwegen der Ukraine über einen Zeitraum von fünf Jahren 7,3 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen werde. Allerdings müsse das norwegische Parlament dem Hilfspaket noch zustimmen. Die Hälfte des Geldes sei für militärische Hilfe vorgesehen, die andere für humanitäre Zwecke. Auch werde überlegt, der Ukraine Leopard 2-Panzer zur Verfügung zu stellen, nachdem Deutschland Drittländern den Export erlaubt habe. Norwegen profitiert durch den russischen Angriffskrieg finanziell aufgrund der damit einhergegangenen gestiegenen Preise für und gestiegenen Menge an Energieexporten nach Europa und will daher die Ukraine stärker unterstützen.
06.02.2023	Laut Walentina Matwijenko, Sprecherin des Föderationsrates, dem Oberhaus des russischen Parlaments, plant Russland am 10. September 2023 Regionalwahlen in den neu besetzten Gebieten der Ukraine abzuhalten. Damit strebt Russland die weitere Russifizierung und Integration der im Oktober 2022 annektierten Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja an.
07.02.2023	Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius reist nach Kyjiw, wo er unter anderem Präsident Wolodymyr Selenskyj und seinen Amtskollegen Oleksij Resnikow trifft. Pistorius kündigt an, dass Deutschland der Ukraine bis zum Jahresende 80 Leopard 1-Panzer liefern werde, davon 20–25 bereits zum Sommer. In einer gemeinsamen Initiative mit Dänemark und den Niederlanden soll die Ukraine insgesamt mehr als 100 Leopard 1-Panzer erhalten. Deutschland werde der Ukraine bis Ende Februar außerdem weitere Lenkflugkörper, fünf Gepard-Flugabwehrkanonen sowie fünf 2A1 Dachs-Pionierpanzer liefern, die zur Überwindung oder Beseitigung von Hindernissen dienen.
07.02.2023	Die Werchowna Rada ernennt den Chef der Nationalpolizei Ihor Klymenko zum Innenminister. Klymenko hatte dieses Amt seit dem Tod von Innenminister Denys Monastyrskyj durch einen Hubschrauberabsturz im Januar bereits kommissarisch bekleidet. Weiterhin ernennt das Parlament Wassyl Maljuk zum Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), der dieses Amt ebenfalls bereits kommissarisch leitete, seit der frühere SBU-Chef Iwan Bakanow im Juli 2022 entlassen wurde. Auch mehrere regionale Gouverneure werden vom Parlament neu ernannt, nachdem es in den vergangenen Wochen mehrere Entlassungen, u. a. in Folge von Korruptionsskandalen, gegeben hatte.

07.02.2023	Ein Kyjiwer Gericht friert wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung alle Bankkonten eines Bergbaubetriebs der Ferrexpo-Gruppe ein. Ferrexpo wird vom Oligarchen Kostjantyn Schewaho kontrolliert, der mit einem geschätzten Vermögen von ca. 1,4 Mrd. US-Dollar als fünftreichster Ukrainer gilt. Zuvor wurde bereits der Finanzchef des Betriebs wegen Steuerhinterziehung und Dokumentenfälschung angeklagt. Schewaho selbst, der 2019 wegen Veruntreuung und Geldwäsche von umgerechnet 113 Mio. US-Dollar angeklagt wurde, wurde Ende Dezember 2022 auf Ersuchen der Ukraine in Frankreich inhaftiert, kam nach einer Kautionszahlung von 1 Mio. Euro aber wieder auf freien Fuß und hält sich seither in Frankreich auf. Anfang Januar 2023 reichten ukrainische Behörden eine Anklage gegen Schewaho ein und fordern umgerechnet knapp 1,2 Mrd. Euro Schadensersatz wegen illegaler Finanzgeschäfte im Bankensektor.
08.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft zu einem Überraschungsbesuch in Großbritannien ein, wo er den britischen Premierminister Rishi Sunak und König Charles III. trifft. In einer Rede vor dem britischen Parlament bedankt Selenskyj sich für die britische Unterstützung und fordert zugleich die Lieferung von Kampffjets: »Wir haben Freiheit, gebt uns Flügel, um sie zu verteidigen«. Nach seinem Besuch im Dezember in Washington ist dies die zweite Auslandsreise von Selenskyj seit Beginn der russischen Invasion vor knapp einem Jahr. Großbritannien zählt zu den wichtigsten Unterstützern der Ukraine.
08.02.2023	Der britische Premier Rishi Sunak teilt im Zuge des Besuchs von Präsident Selenskyj mit, dass in den letzten sechs Monaten bereits 10.000 ukrainische Soldaten eine vom Vereinigten Königreich finanzierte Ausbildung durchlaufen haben und in diesem Jahr weitere 20.000 ausgebildet werden sollen, darunter auch Piloten. Die Ausbildung ukrainischer Soldaten an Challenger-2-Kampfpanzern, von denen London 14 an die Ukraine liefern werde, habe bereits begonnen. Sunak sagt zudem, dass man über die Lieferung von Kampffjets diskutiere und kündigt an, der Ukraine »Waffen mit größerer Reichweite« zur Verfügung stellen zu wollen.
08.02.2023	Nach seinem Besuch in London reist Präsident Wolodymyr Selenskyj abends weiter nach Paris, wo er Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz trifft. Macron sagt, Frankreich sei entschlossen, der Ukraine zum Sieg und zur Wiederherstellung ihrer legitimen Rechte zu verhelfen und bekräftigt, dass Paris seine Waffenlieferungen an Kyjiw solange fortsetzen werde. Macron zeichnet Selenskyj außerdem für dessen Verdienste mit der Ehrenlegion aus, der ranghöchsten Auszeichnung in Frankreich für militärische und zivile Verdienste.
08.02.2023	Reuters berichtet, dass das Unternehmen SpaceX des US-Milliardärs Elon Musk die Nutzung des satellitengestützten Starlink-Internetdienstes für ukrainische Drohnen im Kriegsgebiet einschränkt. Die sichere und stabile Internetverbindung von Starlink wird von der ukrainischen Armee an der Front genutzt, u. a. für Aufklärungsdrohnen oder das »Delta«-Kommunikationssystem, die große Mengen an Daten verbrauchen. SpaceX begründet den Schritt damit, dass Starlink »nie für den Einsatz als Waffe gedacht war« und es humanitären Zwecken dienen sollte.
08.02.2023	Der portugiesische Premierminister Antonio Costa gibt nach Gesprächen mit Deutschland bekannt, dass sein Land der Ukraine drei Leopard 2-Panzer liefern werde, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Zuvor hieß es, Portugal wolle vier Panzer liefern.
08.02.2023	Laut einem Bericht des im niederländischen Den Haag ansässigen Joint Investigation Team (JIT), das den Absturz des Malaysia-Airlines-Flug MH17 untersucht, gebe es »starke Hinweise« darauf, dass der russische Präsident Wladimir Putin persönlich entschieden haben soll, die Rakete zu liefern, mit der das Flugzeug 2014 von pro-russischen Rebellen über der Ostukraine abgeschossen wurde. Das JIT teilt außerdem mit, dass es die Untersuchungen über den Flugzeugabsturz nun einstellen würde, da die Ermittlungen an ihre Grenzen stießen und alle Spuren erschöpft seien.
09.02.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj spricht vor dem Europäischen Parlament in Brüssel und nimmt an einem EU-Gipfel teil, bei dem er mehr Waffen und eine schnelle Annäherung der Ukraine an die EU fordert. Laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe die Ukraine zuletzt beeindruckende Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Integration gemacht. Gleichzeitig dämpft sie die Erwartungen auf einen schnellen Beitritt, da es keinen starren Zeitplan gebe und der EU-Beitritt ein »leistungsabhängiger Prozess« sei. Bezüglich der militärischen Unterstützung der EU begrüßt Selenskyj, dass in Brüssel »einige positive Entscheidungen« hinsichtlich der Lieferungen von Kampffjets an die Ukraine getroffen wurden. Allerdings gilt die Lieferung von Kampffjets innerhalb der EU als umstritten. Während Polen sich dafür ausspricht, ist unter anderem Deutschland klar dagegen.
09.02.2023	In der Ostukraine nehmen die Kampfhandlungen laut dem Gouverneur der Oblast Luhansk, Serhij Hajdaj, vor allem in der Region um die von Russland besetzte Stadt Kremenina zu.

10.02.2023	Russland startet seinen inzwischen 14. konzertierten landesweiten Raketenangriff auf die Ukraine. Von den 71 Raketen werden 61 von der ukrainischen Luftverteidigung abgefangen. Im Süden der Ukraine werden außerdem 11 Kamikaze-Drohnen aus iranischer Produktion abgeschossen. In sechs Oblasten beschädigen Raketen die Energieinfrastruktur, besonders kritisch ist die Energieversorgung dadurch in den Regionen Charkiw, Chmelnyzkyj und Saporischschja. Zahlreiche Menschen werden durch die Raketenangriffe verletzt. Präsident Wolodymyr Selenskyj verurteilt den Angriff und sagt per Videobotschaft: »Dieser Terror kann und muss gestoppt werden von der Weltgemeinschaft«.
10.02.2023	Laut dem Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte, General Walerij Saluschnyj, sollen beim heutigen Raketenangriff zwei russische Kalibr-Marschflugkörper auch den moldauischen sowie den rumänischen Luftraum verletzt haben und damit den Luftraum eines NATO-Staates. Moldau bestätigt die Angaben und ruft den russischen Botschafter ein; das rumänische Verteidigungsministerium bestätigt die Angaben jedoch nicht.
10.02.2023	Slowakische Medien berichten, dass die Slowakei überlege, der Ukraine auf Anfrage von Präsident Wolodymyr Selenskyj MiG-29 Jets aus sowjetischer Produktion bereitzustellen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.